

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)**

Band (Jahr): **51 (1973-1974)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich und des Verbandes der Studierenden an der ETH-Z

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst,
Beat Schweingruber
Redaktion und Verlag: Rämistr. 66, 8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235

Erscheint neunmal jährlich
Jahresabonnement (inkl. «konzept») Inland Fr. 18.—,
Ausland Fr. 20.—

Warum der «Frieden» und der «Sonnenschein» besetzt wurden

Hegibachplatz: 80 Zimmer frei!

Ursprünglich am 24. November sollte der Termin ablaufen, an dem laut den Anweisungen eines Vertreters der Kriminalpolizei die besetzten Häuser am Zürcher Hegibachplatz hätten geräumt werden müssen – er wurde nun auf den Frühling hinausgeschoben. Aus den 80 wohnlichen Zimmern der beiden gut erhaltenen Liegenschaften liessen sich mit geringstem Aufwand Buden für Studenten und Lehrlinge herrichten, die dem eklatanten Zimmermangel in Zürich etwas entgegenwirken würden. Trotzdem will die Besitzerin, die Generalunternehmung Mobag, auf dem Grundstück einen Büroneubau errichten.

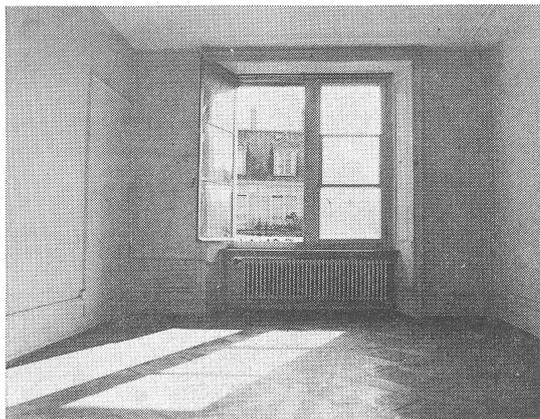
Pierre Freimüller

Die beiden Häuser «Frieden» und «Sonnenschein» bildeten zusammen mit einem bereits abgerissenen Gebäude und einer Kapelle das ehemalige Altersheim der *Gemeinnützigen Gesellschaft Neumünster*. Diese Gesellschaft hat 1971 das alte Altersheim und einen Teil ihrer Parzelle der Mobag für 4,5 Mio. Fr. verkauft und mit dem Erlös auf dem Restteil der Parzelle ein neues Altersheim errichtet. Die Mobag hat schon beim Kauf die Baubewilligung für die Erstellung eines Verwaltungsgebäudes an der Stelle der alten Liegenschaften erhalten. Was passiert ist: Eine Generalunternehmung offeriert für ein Grundstück einen hohen Preis, weil sie gewiss ist, diesen mit der ebenfalls hohen Rendite aus einem Büroneubau rasch amortisieren zu können. Der Sachzwang ist somit bereits geschaffen: Das Bürohaus muss – mitten in einem Wohnquartier – gebaut werden, da sonst die erhoffte Rendite ausfällt. Ein Stück wohnliche Stadt stirbt aus.

Im Winter 1972/73 finden Obdachlose Unterschlupf in den Häusern, unter ihnen Ali Baba, «Alleinunternehmer in Sachen Kunst, Revolution und Reinigung» (s. z. Nr. 51/5, Okt. 73). Ein «Selbsthilfeverein Lebensraum» (SVL), dem Vertreter der studentischen Wohnkommission (WOKO), des Speak-out (Unterstützung von Strafgefangenen und Straftatlassenen) und des Drop-in (Hilfe an Drogenabhängige) angehören, nimmt Verhandlungen mit der Mobag auf – mit dem Ziel, diese dazu zu bringen, dass sie die Häuser an wenig bemittelte Wohnungssuchende vermietet. Die Mobag geht zuerst auf die Verhandlungen ein, weist dann aber darauf hin, dass ihr Rekurs gegen das Abbruchverbot immer noch pendelt sei, obwohl ihn das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement schon vor einigen Wochen abgewiesen hat. Auf weitere Vorstösse des SVL gibt die Mobag keine oder dann eine abschlägige Antwort.

Besetzung

Die Häuser stehen seit zwei Jahren leer – trotz Wohnungsnot! –, als am 29. August dieses Jahres Quartierbewohner und Mitglieder des Quartierkomitees Hottingen-Riesbach-Hirslanden



80 gut erhaltene Zimmer

gen im Gemeinderat, die in der Presse erschienen sei, entnehmen könnten.

... oder Sozialtourismus?

Gemeinderätin Lilian Uchtenhagen (soz.) hatte den Stadtrat ersucht, das Ausnahmegebot der Mobag für einen Abbruch der Häuser nicht zu unterstützen und die Häuser z. B. als Unterkünfte für reisende junge Leute (als Entlastung der Jugendherberge) zu verwenden. Der Stadtrat war bereit, dieses Postulat auch entgegenzunehmen und erklärte, die Stadt sei mit der Mobag in Verhandlung, um diese Möglichkeit abzuklären. Für die Wiederinstandstellung veranschlagte er 480 000 Fr. Das Postulat wurde vom Gemeinderat nicht überwiesen.

Dass die Verwendung der Häuser für den Sozialtourismus dem Stadtrat besser ins Konzept passt als die Schaffung von Notwohnungen für Zürcher, liegt auf der Hand, sitzt doch Behörden und Baunternehmern noch die Angst vor einem zweiten Fall «Venedigstrasse» in den Knochen. An dieser Strasse wollte 1971 die «Rentenanstalt» ein paar in venezianischem Stil gebaute (daher der Name der Strasse) Häuser abreißen,

an ihrer Stelle klappt seit mehr als zwei Jahren ein Loch. (Wer's nicht glaubt, fahre einmal mit dem Siebner oder dem Neuner bis Bahnhof Enge und schau sich die Sache an.) Vierzig Leute hätten dort noch zwei Jahre lang wohnen können.

Die Besetzer der Hegibach-Häuser lehnen den stadträtlichen Lösungsvorschlag ab, einmal, weil er ihnen zu aufwendig scheint, weiter, weil sie es dringender finden, der Stadtbevölkerung ein anständiges Dach über den Kopf zu gewähren, als den Tourismus – in welcher Form auch immer – anzukurbeln. Auf ein Inserat im «Tagblatt» hin meldeten sich 80 Mietinteressenten. Ein Teil dieser Bewerber wohnt heute in den Häusern, unter ihnen eine 75jährige Frau, der es dort sehr gefällt. Im Garten wurde ein Kinderspielplatz eingerichtet, Schülerfeste wurden organisiert, die Kapelle und der grosse Speisesaal dienen für Ausstellungen (gegenwärtig läuft eine grosse Ausstellung verschiedener Künstler, z. B. mit Ali Baba) oder Filmvorführungen.

Ali Baba mit Fernsehen

Die Besetzer sind zu Bewohnern geworden. Sie haben die ärgsten Defekte selbst behoben und sich häuslich eingerichtet. Der fehlende Anschluss an das Elektrizitätsnetz konnte anfänglich nur mit Kerzen umgangen werden, dann wurde eine Notstromgruppe installiert,



Häuserbesetzung gegen Häusermord.

um an jener Stelle einen Büroneubau zu errichten. Die Stadt hatte der Versicherungsgesellschaft sogar die Strasse verkauft, die auch hätte überbaut werden sollen. Der Widerstand der Hausbewohner hatte nur mit Polizeieinsatz gebrochen werden können. Die Solidarisierung der Stadtbevölkerung war so weit gediehen, dass mehrere tausend Personen an einer Protestkundgebung teilnahmen. Die Häuser wurden dann auch prompt abgerissen.

und jetzt ist der Anschluss an den Strom wieder so perfekt, dass sogar die Zimmer elektrisch beheizt werden können. Auch das Wasser wurde wieder angeschlossen, und die Wiederinstandstellung der Heizung wird ins Auge gefasst. Alles in allem hat man's recht gemüht: Im Zimmer von Ali Baba ist sogar ein Fernsehapparat zu finden.

All dies soll jedoch nicht zu übereilem Optimismus verleiten. Denn die

Gilgens Besen

Ausländer sollen künftig an der Uni Zürich nur noch zwölf Semester studieren dürfen, Semester an andern Hochschulen mitgezählt. So will es der Senatsausschuss. Später soll die Fremdenpolizei keine Aufenthaltsbewilligung mehr ausstellen (ausser die Universität habe eine Ausnahmeverlängerung erteilt). Regierungsrat Gilgen vom Erziehungsdepartement wollte Ausländer gar nach zehn Semestern zur Schweiz rauswerfen lassen.

Von den gegen 10 000 Zürcher Uni-Studenten sind nur rund zehn Prozent Ausländer. Gleich hoch ist der Ausländeranteil bei den über 500 Studenten, die schon länger als 14 Semester studieren. Die Einsparung an Studienplätzen fällt also kaum ins Gewicht. Dies macht deutlich, dass Gilgens Vorstoss mit Massnahmen gegen Kapazitätsengpässe herzlich wenig zu tun hat.

Sein neuester Kraftakt zielt vielmehr gegen bestimmte missliebige Studenten. Da Gilgen offenbar dem Glauben verhaftet ist, an der Uni kehre Ruhe ein, wenn man nur einige angebliche ausländische Drahtzieher vor die Tür stelle, versuchte er dieses Jahr bereits zwei deutschen Kommilitonen die Uni Zürich zu verleiden. Beim einen verhin-derte er fünf Monate lang die Auszahlung des Stipendiums, musste dann aber mangels juristischer Grundlagen klein beigeben. Beim andern versuchte er, die routinemässige Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung durch die Fremdenpolizei mit haltlosen Verdächtigungen zu hintertreiben. Vorläufig ohne Erfolg. Nachdem der Law-and-order-Politiker zweimal auf die Nase gefallen ist, will er sich offenbar die nötigen rechtlichen Grundlagen bereitleisten.

Gilgens Politik erweist sich als offen fremdenfeindlich und repressiv. Die Wähler von der Nationalen Aktion werden ihre helle Freude an einem Erziehungsdirektor haben, der zwar kein hochschulpolitisches Konzept vorzuweisen hat, dafür mit dem eisernen Besen umzugehen weiss.

Jürg Frischknecht

Häuser gehören immer noch der Mobag, die nach wie vor die Absicht hat, an deren Stelle einen Büroplatz zu errichten. Privateigentum an Grund und Boden, eine an Wachstum und möglichst hohen Profitten interessierte Wirtschaft sollen einmal mehr ein Stück Substanz vernichten und die Oede von Glas und Aluminium, die Sterilität ratender Schreibmaschinen und klingelnder Kassen dorthin verlegen, wo heute noch buntes Treiben von Menschen herrscht.

Für die Studenten ist es geradezu eine moralische Pflicht, den Kampf für die Erhaltung der Hegibach-Häuser zu unterstützen. Es liessen sich dort 80 Zimmer in der Nähe der Hochschule gewinnen.

Ungereimte Bekenntnisse zu einer skandalösen Bodenpolitik der Stadtbehörden

Der Wirtschaft Millionen verschenkt

Man fährt in Zürich nicht schlecht – wenn man wirtschaftlich stark genug ist, zum Beispiel zum IIT-Konzern gehört: Die «Standard Telephone und Radio AG» (STR) liess ihre Unternehmenstätigkeit von der Stadt Zürich mit einem Geschenk in der Höhe von rund 12 bis 15 Mio. Franken honorieren, bestehend aus einem viel zu hohen Landpreis, einer unberechtigten Um-

triebsentschädigung und einem lächerlich kleinen Mietzins. Gut in mangelhafte Information verpackt wurde das Geschenk vom Stadt- durch den Gemeinderat geschleust. Durch eine SP-Initiative ist es leider doch noch in der Öffentlichkeit ausgepackt worden, wobei sich allerhand stadträtliche Widersprüche herausgestellt haben.

Beat Schweingruber

Dass die Zürcher Stadtbehörden grösseren und kleineren Fischen aus dem unternehmerischen Karpfenteich die besten Laichplätze auf Kosten der gewöhnlichen Wohnbevölkerung zuschanzen, war wohl schon immer da. Relativ neu ist der Umstand, dass solchen Skandalgeschichten in der Öffentlichkeit die nötige Beachtung geschenkt wird. Der Beispiele sind genug: Zu einem Spottpreis wollte der Stadtrat die ganze Venedigstrasse der Renten-

anstalt verschachern, damit diese ihren Bürobau anstelle der alten, schönen Wohnhäuser noch profitabler gestalten könne; die schutzwürdige Villa Parcelles in bester Wohnlage am See wurde von der Stadt dem Verwaltungsgebäude der Elektro-Watt geopfert; in unmittelbarer Nähe liess Stadtrat Frech die Villa Herold blitzschnell abreißen, als sich die Opposition im Volk und im Parlament regte; die unter Denkmalschutz stehenden Bärengasshäuser

wurden auf Kosten der Stadt über die Talstrasse verschoben, damit sich der Bankverein ungehindert ausdehnen konnte (darüber werden wir in der nächsten Nummer berichten) und so weiter...

Im Fall der «Standard» geht es einmal nicht um Land, das die Stadt der Wirtschaft zu billig und am falschen Ort abtrifft, sondern um erworbenes, das mehrfach überzahlt worden ist. Der umstrittene Kauf liegt zwar mehr als

ein Jahr zurück. Die näheren Umstände aber werden erst nach und nach durch eine kürzlich lancierte SP-Initiative und die daraus entstandene Kontroverse erhellt.

Doppelter Quadratmeterpreis

Die Initiative verlangt die Erhaltung der «roten Fabrik», wie die Backsteingebäude der STR im Volk genannt werden, und deren Umwandlung in ein Kultur- und Freizeitzentrum. (Nähere Angaben dazu finden sich auf dem Initiativbogen in dieser Nummer.) Die Stadt hatte allerdings die Liegenschaft am See in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Wollishofen in der Absicht gekauft, die 1965 renovierten Gebäude nach Auszug der STR niederzureissen, um a) Platz für gewaltige Strassenverbreiterungen zu haben und b) den Rest in eine Seepromenade zu verwandeln.

Einer der heute heftig umstrittenen Punkte ist der Landpreis. Das Grundstück besteht zum grössten Teil aus sogenanntem Konzessionsland, das Ende des letzten Jahrhunderts mit Bewilligung des Kantons durch Seaufschüttung gewonnen worden war. Die Konzession war allerdings mit der Auflage verbunden, dass der private Besitzer das Land unentgeltlich der Stadt Zürich abtreten müsse, wenn diese eine öffentliche Anlage darauf errichten wolle.

Dieser Fall ist nun eingetreten. Trotzdem hat die Stadt das Land mit einem Quadratmeterpreis von über 1000 Franken mehr als voll entschädigt. Die NZZ sprach zwar von einem (von der STR aus gesehen) «recht freundlichen Preis». Nun belehrt uns aber das berühmte Gutachten von Prof. H. Jürgensen, dass in Wollishofen 1970 der durchschnittliche Preis der gehandelten Grundstücke 700 Franken pro qm betrug. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Prinzip das Grundstück in einer Freihaltezone liegt, was die Verwendungsmöglichkeiten erheblich einschränkt und damit den Marktpreis sehr stark nach unten drückt. «Freundlich» war der Preis dann also schon eher für die «Standard» - einem Privaten hätte sie das Land kaum für mehr als 500 Fr./qm andrehen können.

Widersprüche zwischen Stadtrat und STR-Direktor

Damit ist aber die Frage, ob ein Teil des Landes nicht überhaupt unentgeltlich abzutreten gewesen wäre, noch völlig unberücksichtigt. In der Weisung des Stadtrats an den Gemeinderat stand kein Wort darüber, dass es sich

um Konzessionsland handle. Der CVP-Stadtrat und Finanzdirektor Dr. Max Koller betonte in einem Radiointerview am 20. Oktober, der Stadtrat habe davon nichts gewusst.

Nicht ganz derselben Meinung ist STR-Generaldirektor W. Thierstein. In einem betriebsinternen Anschlag führte er aus: «Richtig ist, dass die Stadt unseren Standpunkt teilte, dass nach über 70jähriger Nutzung auch Konzessionsland nicht entschädigungslos enteignet werden kann. Der ausgehandelte Preis stütze sich auf ein Gutachten eines namhaften Architekten, welches die Stadt ebenfalls anerkannte.» Das bedeutet nicht anders, als dass bei den Kaufverhandlungen, lange vor dem Abfassen der Weisung, die Frage des Konzessionslandes aufgeworfen wurde.

Der Entscheid, ob nun der Generaldirektor oder der Stadtrat die Unwahrheit sagt, fällt schwer. Ueberlassen wir ihn der NZZ. Sonst eher der Graishüter behördlicher Unfehlbarkeit (solange die Behörden bürgerlich sind), schreibt sie am Tag des Radiointerviews, die Juristen des Bauamts I hätten 1969 und 1970 die Rechtsverhältnisse bei Aufschüttungsland studiert und seien zur Erkenntnis gelangt, dass es schwierig sei, eindeutige Schlüsse zu ziehen. Immerhin sei es unzweifelhaft, dass das «Standard»-Land im allerbesten Fall gegen Rückerstattung der seinerzeitigen Aufschüttungskosten zu haben gewesen wäre.

Soweit die NZZ. «Immerhin» hätte die Rückerstattung der Kosten von Anno Domini einen Bruchteil der 14,5 Millionen Franken ausgemacht, die jetzt bezahlt worden sind. Vor acht Jahren hatte der heutige Kantonsrat Franz Schumacher als Baujurist in der Stadtverwaltung vorgeschlagen, zur Frage der Konzessionslandentschädigung einen Pilotprozess durchzuführen, notfalls bis ans Bundesgericht. Es gibt nämlich noch eine ganze Reihe ähnlich gelagerter Fälle. Der Stadtrat zog es offenbar vor, diese Frage nicht abzuklären und den Sachverhalt dem Parlament vorzuenthalten.

Eine gesetzwidrige Umtriebsentschädigung

Ebenso pikant wie der zu hohe Landpreis ist die ausgerichtete Inkonzessions- oder Umtriebsentschädigung in der Höhe von 7 Millionen Franken. Solche Entschädigungen werden nur im Enteignungsfall als Abgeltung der Umzugskosten geleistet. Nun handelt es sich hier aber nicht um eine Enteignung, sondern um einen freien Verkauf. Als im Juni 1972 einige Gemeinderäte diesen Betrag beanstandeten, erklärte

der Stadtrat, es handle sich um eine Vorwegnahme der Enteignung. Dasselbe wiederholte Finanzvorstand Koller auch vor einem Monat in besagtem Radiointerview. Ein paar Sekunden später fuhr er aber weiter: «Die Standard wollte unziehen, das ist richtig, weil sie sich dort nicht mehr ausdehnen kann, aber ausdehnen muss.»

Man muss sich schon Mühe geben, solchen Bocksprüngen stadträthlicher christlichsozialer Volkslogik zu folgen. Aber man versteht dann vielleicht besser, warum die Stadt Zürich kein Geld mehr hat.

Moment! Moment! Der Herr Koller hat noch andere Argumente: Es hätte die Gefahr bestanden, dass die Standard ganz aus Zürich ausziehe, nachdem sie bereits einen Teil des Betriebs nach Wädenswil verlegt habe. «Das kann der Stadtverwaltung, aber auch der Bevölkerung von Zürich», weiss Herr Koller zu berichten, «nicht völlig gleichgültig sein, wenn ein solcher Betrieb, der immerhin einigen Dutzend, wenn nicht einigen hundert Leuten Arbeitsplätze bietet, zum grossen Teil am Wohnort, nun nach aussen verlegt wird, womit diese Leute zu Pendlern werden müssen.»

Es ist wirklich rührend, wie sich der Stadtrat Sorgen darüber macht, dass ein paar Dutzend Arbeitnehmer zu Pendlern werden könnten, nachdem er jahrelang tatkräftig eine Politik betrieben und unterstützt hat, die Tausende von Arbeitnehmern zu Pendlern werden liess. Abgesehen davon hat die STR die Pläne für ihren neuen Betrieb am Friesenberg längst in der Tasche, und es fragt sich, ob die Gefahr der gänzlichen Abwanderung tatsächlich bestanden habe. Zudem ist für die Wollishofer ein Arbeitsweg nach dem Friesenberg auch nicht gerade ein Katzen-sprung.

Faule Ausreden am Radio

Offenbar hat der Vorwurf von Kantonsrat Schumacher, die 7 Millionen seien absolut gesetzwidrig, den Stadtrat doch verunsichert. Koller fährt fort: «Ob das nun im Sinne des Abtreibungsgesetzes absolut unter allen Titeln betragsmässig ausgewiesen ist, kann man sich fragen. Aber man fand, im Interesse der Erhaltung der Standard in Zürich sollte man da ein Entgegenkommen treffen.»

Ein etwas merkwürdiges Entgegenkommen, denn es geht weiter: «Hätte ein Privater das Gelände erworben, so hätte er vielleicht diese Unterscheidung zwischen Kaufpreis und Inkonzessionsentschädigung gar nicht gemacht, oder

wenigstens wäre diese vielleicht kleiner gewesen, dafür der Kaufpreis höher. Da aber unsere Kaufpreise immer wieder, als Beispiel für andere Fälle dienen, sind wir daran interessiert, dass sie möglichst nieder gehalten werden, und darum wählte man diesen Weg.»

Besser kann sich einer wohl kaum in seiner eigenen Argumentation verstricken. Entweder hat der Stadtrat eine ungerechtfertigte Entschädigung ausbezahlt und damit ein sehr schlechtes Beispiel gegeben. Oder dann hat er einen astronomischen Landpreis als niedrigeren getarnt, was natürlich niemand merkt, vor allem die Spekulanten nicht. Dass bereits der «niedrige» Landpreis das Doppelte dessen beträgt, was noch als angemessen hätte be-

zeichnet werden können, haben wir am Anfang nachgewiesen.

Die STR hat jetzt übrigens Grundstück und Gebäude für fünf Jahre von der Stadt gemietet. Für 600'000 Franken im Jahr. Das sind 2,8% (zwei komma acht) der gesamten Kaufsumme. Nicht einmal im sozialen Wohnungsbau werden solche Zinsvorsorge gewährt. Die STR muss wirklich notleidend sein.

Wahrscheinlich haben sich die cleveren Manager der STR nach Kaufabschluss an einem Bankett totgelacht. Hoffentlich hat die Stadt wenigstens das Bankett noch bezahlt. Ein Trinkgeld war man den Kerlen ja noch schuldig.

Beat Schweingruber

Zu einer Veranstaltung über die Armee an der ETH

Offiziere rufen SOS

Bundesrat Gnägi, Oberst von Däniken und die Redaktoren von «focus», «offensiv» und «konzept» hätten eines gemeinsam: Zu einer Diskussion über Sinn und Zweck der Schweizer Armee seien sie (und Leute ihres Schlages überhaupt) schon gar nicht mehr fähig, und am besten schliesse man sie daher gleich von Anfang an von dieser Diskussion aus. Also forsch und unzeitweilig wurde man anlässlich eines Podiumsgesprächs zum Thema «Sinn und Zweck der Schweizer Armee» darüber belehrt, was ein progressiver, dynamischer, phantasievoller, aber sachlicher Kompaniekommandant heute an Demokratieverständnis mitbringen darf. Pech für diesen Herrn Maeder war nur, dass sich durch die Erwähnung von «Pazifisten, extremen Sozialisten usw.» als von der Diskussion ausschliessende gleich zwei Podiumsteilnehmer getroffen fühlten und höflich anfragten, ob sie gleich selber rausgehen sollten... Da musste er denn doch einiges zurücknehmen.

Aber nun mal schön der Reihe nach: Am 6. November veranstaltete die Studentische Organisation für Selbsthilfe (SOS) eine Diskussion zwischen Nationalrat Dr. Th. Gut (fdp.), Dr. K. Maeder (Kp Kdt) und Bundesdivisionsrät Trautweiler einerseits und Dr. Günther Nennung («Neues Forum», Wien), Beat Kappeler (Journalist) und R. Rüegg (Schweiz. Friedensrat) andererseits. Ueberflüssigerweise wurde zu Anfang noch der Expofilm über die Schweizer Armee vorgeführt; ich hatte allerdings das Glück, wenigstens die ersten paar Minuten dieser Mischung aus Indianerspielen und Rührseligkeit zu verpassen, denn schon vor dem Auditorium stiess man auf ein Zeugnis echter studentischer Selbsthilfe: Vor jedem Eingang stand ein wachsame Auge des Gesetzes bzw. der Securitas AG und forderte jeden, der da die heilige Halle zu betreten wünschte, zum Vorzeigen seiner Legi auf. Und wenn man, wie es bei mir der Fall war, dies wichtige Papierchen vergessen hatte, so brauchte es erst mal längere Diskussionen, um sich trotzdem reinzumogeln - leider allerdings mit dem Eindruck, die aufwendigen Saalschutzmassnahmen hätte man auch gleich von Anfang an weglassen können. Aber offenbar huldigten die Veranstalter dem schönen Glauben, wer entweder eine Legi habe oder den Mannen von der Securitas einen so bodenständigen Eindruck mache, dass sie ihn trotz Fehlers der Legi reilassen, der würde automatisch auch der Anordnung des Diskussionsleiters Alfons Gratwohl, sich der Diskussion doch bitte zu enthalten, mit militärischer Präzision nachkommen.

Richtig gelesen! Denn das schien für die SOS-Präsidenten an diesem Abend die vorranglichste Sorge zu sein: Jedes Abgelenken der Diskussion auf Gebiete, in welchen allgemeines Theoretisieren durch Behandlung konkreter Auseinandersetzungen hätte ersetzt werden müssen, von Anfang an mit aller Schärfe zu verhindern. Wer's nicht glaubt, für den wollen wir mal wörtlich zitieren: Nach der Intervention von C. Frei (mit Legi, liebe Securitas!), man solle nun mal endlich auf die verschiedenen Vorfälle in Rekrutenschulen zu sprechen kommen, statt sich weiterhin Geschwafel Maederscher Prägung anzuhören, und man solle über diesen Themawechsel abstimmen, meinte Freund Gratwohl: «Abstimmen! Also: Ich bin dagegen!» - womit denn nicht etwa eine vorgängige Bekanntgabe seiner Meinung zur Abstimmungsfrage gemeint war, sondern die Publikumsbefragung als ganze als nicht den Wünschen der Veranstalter entsprechend bachab geschickt wurde: Demokratie in Seenot.

Das Schönste kam aber erst noch, nämlich die Begründung für solche Abblömmerei: Man habe jetzt so viel für

diese Veranstaltung gearbeitet, telefoniert, geschrieben usw., dass es doch einfach nicht gehe, etwas anderes zu diskutieren als vorgesehen. Wie wenn dringend notwendige Konkretisierung und Aktualisierung die Abänderung eines Themas bedeuteten!

Man wundert sich vielleicht, weshalb hier nicht detaillierter referiert wird, was denn nun eigentlich von den einzelnen Podiumsteilnehmern ausgeführt wurde. Aber da die systematische Abwägung der Teilnahme des Publikums am Gespräch jeden kritischen Impuls, jede neue Perspektive aus der Zuhörerschaft zurückdrängt, blieb es eben bei einem recht konventionellen Schlagabtausch ohne die Möglichkeit, die theoretischen Deduktionen an aktuellen Beispielen zu überprüfen und zu korrigieren. Anders war das nur, wenn ein Referent gleich von sich aus seine Ausführungen beispielsweise belegte, wie etwa Dr. Nennung, der für seine Thesen Neutralität sei eine Funktion der umgebenden Grossmächte und die Armee diene in erster Linie als Disziplinierungsinstrument der Bevölkerung, stets mehrere überzeugende Konkretisierungen vorbrachte; besonders eindrücklich waren dabei Zitate von Übungsaufnahmen, die «Behämpfung langhaariger, demonstrierender Jugendlicher» und «Vorgehen gegen eine Zusammenrottung italienischer Gastarbeiter» hiessten.

Ein Fazit zu ziehen, erübrigt sich. Allzu deutlich hat sich gezeigt, im Interesse welcher Klasse Veranstaltungen abgehalten werden, deren Organisation in den Händen von Rechtfertigungs-ideologen des Bestehenden liegt. Denn dass unsere Armee eine Klassenarmee des Kapitals ist, diese Erkenntnis konnte schliesslich durch die Referate der Herren Trautweiler, Gut und Maeder höchstens noch bekräftigt werden. Statt einer Zusammenfassung deshalb noch ein Zitat: Oberstdivisionär Trautweiler meinte: «Es ist sehr gut, dass über die Schweizer Armee diskutiert wird - eine Organisation, über welche man nicht diskutiert, wäre zum Sterben verurteilt!» Nein, Herr Trautweiler: Die Macht des Herrn Bihlre wächst genau dann am meisten, wenn man nicht darüber spricht - Instrumente der Unterdrückung und Ausbeutung lieben den Mantel der Verschwiegenheit! Unsere Aufgabe ist es, diesen Mantel zu zerreißen. Auch den über dem Unterdrückungs- und Ausbeutungsinstrument namens Schweizer Armee.

Werner G. Hoffmann

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetschschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000. Redaktion und Administration: Rämistrasse 66 CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 011 47 75 30. Postcheckkonto 89-35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber. Die im «Zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserter: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 011 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 23. November
Insensensschluss: 23. November

«Rote Fabrik»: Begegnungsstätte für jung und alt oder Abbruch für Expressstrasse?

SP-Initiative für ein Kultur- und Freizeitzentrum in Zürich-Wollishofen

Die unterzeichneten Stimmberechtigten, in der Stadt Zürich wohnhaften Bürgerinnen und Bürger unterbreiten dem Präsidenten des Gemeinderates der Stadt Zürich, gestützt auf Artikel 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. 4. 1970, folgende Initiative:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat - allenfalls zuhauender Gemeindeabstimmung - schnellstmöglich eine Vorlage über die Umwandlung der städtischen Liegenschaften Kataster Nr. 4772 und Nr. 4326 an der Seestrasse 395, 407 und 409 in ein öffentliches Kultur- und Freizeitzentrum, welches von der Stadt Zürich verwaltet werden soll, zu unterbreiten, wobei die bestehenden und noch verwendbaren Bauten erhalten bleiben müssen, insbesondere ihre schutzwürdigen Teile.

Die acht Erstunterzeichner sind ermächtigt, die Initiative mit einstimmigem Beschluss zugunsten eines allfälligen Gegenvorschlages des Stadtrates zurückzuziehen.

Jörg Bitterli, Bezirksanwalt, Seestrasse 241, 8038 Zürich/Hans Fässler, Typograf, Honratweg 13, 8038 Zürich/Jürg Kaufmann, Gemeinderat, Mittelschulelehrer, Westbühlstrasse 20, 8038 Zürich/Franz Schumacher, Kantonsrat, Rechtsanwalt, Austrasse 49, 8045 Zürich/Sonia Crespo, Hausfrau, Bellariastrasse 57,

8038 Zürich/Richard Erni, Bootsbauer, Ankerweid 3, 8041 Zürich/Jörg Frauenfelder, Planer, Sternenstrasse 30, 8002 Zürich/Paul Wahl, Sanitärmeister, Mutschellenstrasse 10, 8002 Zürich
Beginn der Unterschriftensammlung 14. September 1973

Begründung

Der Stadtrat hat 1972 mit dem Standard Telefon und Radio AG einen Kaufvertrag geschlossen; Rund 13 500 qm Land zwischen See und Seestrasse, grossenteils am Ende des 19. Jahrhunderts aufgeschüttet, wurden für 14,5 Millionen Franken erworben, obwohl der Kanton seinerzeit die Aufschüttungsbewilligung mit der Auflage versehen hatte, später das Land unentgeltlich für einen Grünzug an die Stadt abzutreten. Obendrein eschenkte die Stadt der Standard 7 Millionen Franken (!) Umzugskosten; was erhält ein Mieter, der wegen eines Strassenbaus zügeln muss? - Ein Skandal! Also! Um so schlimmer, als der Stadtrat die für 7 Millionen Franken brandversicherten, erst 1965 renovierten Gebäude für den Ausbau der Seestrasse in eine halbe Autobahn und für den Grünzug am See niederreißen will, statt sie der Bevölkerung im Sinne der wohnlichen Stadt zur Verfügung zu stellen.

Die über 50 000 qm umbauten Raum umfassenden Hauptgebäude mit vielen kleinen Räumen und einigen grossen Sälen können mit geringen Kosten in ein ideales Kultur- und Freizeitzentrum umgewandelt werden.

Selbst ein anspruchsvollerer Ausbau wäre mit rund 6 Millionen Franken verhältnismässig billig (zum Vergleich: Das 30-Millionen-Projekt Jugendhaus Drähtschmidli umfasst ebenfalls etwas über 50 000 qm). Eine herrliche Lage im Grünzug verbindet sich mit einer guten Verkehrserschliessung zum Quartier und den meisten Teilen der Stadt mittels Bus, Tram und SBB. Ausserdem: Das seltene Beispiel einer kunstvoll gegliederten Backsteinarchitektur aus der Zeit des Jugendstils ist auch nach Ansicht von Fachleuten denkmalgeschützwürdig.

Die Bevölkerung will nicht zusätzliche Fahrspuren, dringlich fordert sie Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt: Säle für festliche Anlässe, Konzert, Theater und Film, für Diskussionen, Vereinsveranstaltungen, Unterhaltungsabende, für die Betreuung von Kindern (Vorschule, Spielplätze), Werkstätten und Übungszimmer, Restaurant mit Gartensitzplätzen als belebende Gestaltung des Seufers. Schon vor einem perfekten Umbau, sobald die Standard auszieht, kann die Bevölkerung einziehen: Ende 1976, nicht irgendwann in 10 oder 20 Jahren, wenn vielleicht einmal - wo eigentlich? - das seit 20 Jahren versprochene Freizeitzentrum gebaut wird.

Bitte den ganzen Talon (inkl. Text) mit Unterschriften versehen einbringen an: SP-Zürich 2, Initiativbüro Paul Wahl, Mutschellenstrasse 10, 8002 Zürich.

Nur Unterschriften von in der Stadt Zürich stimmberechtigten Bürgern

Nr.	Name	Vorname	Geb.-Datum	Adresse (Strasse und Hausnummer)	Kreis	Kontrolle
1						
2						
3						

Bescheinigung

Die unterzeichnete Amtsstelle bescheinigt, dass die obenstehend aufgeführten Unterzeichner der Initiative in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigt sind.
Einwohnerkontrolle der Stadt Zürich:

Ungereimtes um neues Konzept an der Architekturabteilung

Angriff auf Planerausbildung

In aller Stille hat der Schulrat am 7. September ein Ausbildungskonzept für die Architekturabteilung beschlossen, das die Vorstufe zu einem neuen Studienplan – auf nächsten Herbst in Kraft zu setzen – bilden soll. Parallel zur Entstehung dieses Dokuments, welche hier kurz beleuchtet wird, laufen Bestrebungen von seiten einiger Professoren, einen sehr wichtigen, im Aufbau begriffenen Unterrichtszweig zu eliminieren, nämlich die Ausbildung in Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL-Planung). Anträge auf Abschaffung zweier bestbeschulter Lehrveranstaltungen und die vorläufig wieder rückgängig gemachte Streichung eines Lehrauftrages sprechen eine deutliche Sprache.

Früher setzte man Architektur mit «Bauen» gleich. Ein Architekt musste in erster Linie Bauwerke produzieren können. Mit der Zeit merkten einige geschulte Köpfe, dass Architektur im weiteren Sinn eine ganze Reihe von Tätigkeiten einschliesst, die mit «Bauen» direkt nichts zu tun haben (z. B. Bedürfnisabklärung, Programmformulierung, Baugesetzgebung, Überprüfung von Gebäuden usw.).

Vor allen Dingen gewann in den letzten Jahren eine solche Aufgabe immer stärkere Bedeutung, nämlich die Raumplanung, sei es in Form von Orts-, Stadt-, Regional- oder Landesplanung. In der Regel haben sich Architekten dieses neuen Zweiges angenommen, obwohl es sich im Grunde um eine interdisziplinäre Aufgabe handelt, die eine Zusammenarbeit von Bauleuten, Soziologen, Juristen, Ökonomen usw. erfordert. In der Praxis sind es aber doch meist Architekten oder Ingenieure, die für solche Planungen verantwortlich zeichnen.

Neuer Unterrichtszweig wird bekämpft

Wesentlich ist jetzt hier die Frage, wo solche Planer ausgebildet werden. Die ältere Generation von Planern hat sich in der Regel autodidaktisch weitergebildet. Seit einigen Jahren veranstaltet das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL) an der ETH Nachdiplomkurse. An der Bauplanungs-Abteilung existiert eine Vertiefungsrichtung Planung, allerdings eher in Richtung Verkehrs- und Transportplanung. An der Architekturabteilung schliesslich wurde seit etwa 1968 eine Planerausbildung in grösserem Stil aufgebaut.

1970 wurde mit Schulratsbeschluss eine Vertiefungsrichtung Planung etabliert. Im vergangenen Studienjahr beispielsweise haben über ein Viertel der Studierenden des 4. Jahres diese Richtung gewählt.

Einigen Architekturprofessoren jedoch sind die ORL-Lehrveranstaltungen ein Dorn im Auge. Für sie ist Architektur immer noch gleichbedeutend mit «Bauen», und sie versuchen, die im Ausbau begriffene Planungsrichtung, zu der sich ein steigender Prozentsatz der Studierenden bekennt, zu sabotieren. So erklärte der frühere Abteilungsleiter, Prof. B. Hügli, wiederholt, die Ausbildung von Planern sei nicht Sache der Architekturabteilung, sondern müsse in einem nachgeschalteten, interdisziplinären Nachdiplomstudium erfolgen. Andere Professoren betonen immer wieder – worunter sie das Umgehen mit Backsteinen, Fensterrahmen, Betonementen usw. verstehen –, bevor man planen könne, Karriereprofessor an der letzten Abteilungsversammlung die Abschaffung der obligatorischen Lehrveranstaltung ORL I+II im 3. Jahr. Ihn störte, dass eine grosse Zahl von Studenten aus seiner Entwurfsklasse mehr Zeit für Planungslehre aufwandte als für seine schön-bauischen Projekte und Pläne.

Systematische Einengung

Ueberhaupt scheint viel Futterneid im Spiel zu sein, gehören doch die ORL-Veranstaltungen zu den bestbesuchten der oberen Jahreshurse. Die oben erwähnte ORL-Vorlesung wurde konstant von 60-70% der Studierenden besucht, was ausserordentlich viel ist. Der Vorlesungsbesuch ist immer noch ein relativ guter Massstab für die Qualität des Angebotes.

Die systematische Verelendung der Planerausbildung an der Architekturab-

teilung scheint längst beschlossen und wird nun schrittweise durchgeführt. So wurde z. B. die Professur für Städtebau nicht an einen ausgewiesenen Städtebauer vergeben, sondern an den Architekten Benedikt Huber, der sich auf dem Gebiet des formalistischen Kirchenbaus profiliert hatte... An einer ohne die Planungsdozenten während der Semesterferien tagenden Abteilungskonferenz wurde völlig überraschend ein langjähriger ORL-Lehrauftrag abgeklemt – eine Massnahme, die 14 Tage später auf Betreiben der verbleibenden beiden Dozenten wieder rückgängig gemacht werden musste. Das abgehende Lehrteam Architekt/Sociologie mit Lucius Burckhardt, welches drei Jahre lang Planungsprobleme auf eine integrierte Weise unterrichtet hatte, wurde auch nicht ersetzt.

Hintergründiges Ausbildungskonzept

Der entscheidende Schritt scheint nun allerdings das neue Ausbildungskonzept zu sein – vom Schulrat im September beschlossen –, das die Planung als Vertiefungsrichtung aufhebt und nur noch in der abgeschwächten Form von «Schwerpunktbildung» zulässt. Bereits sind Stimmen aus der Planerpraxis laut geworden, welche diese kleine Absägen eines immer wichtigeren Berufszeuges beanstanden. In der Tat: Der Bedarf an Planern aller Stufen wächst ständig. Die rund 20 jährlichen Absolventen des ORL-Nachdiplomkurses, wovon ca. 4-5 Architekten, reichen niemals aus, um den Bedarf zu decken. Es müssen viel mehr ausgebildet werden. Die Abteilung I könnte ein idealer Ort dafür sein.

Recht aufschlussreich sind auch die Begleitumstände der Entstehung dieses Ausbildungskonzeptes. Schon zu Beginn der «Experimentierphase» forderten vor allem Studenten und Assistenten die Ausarbeitung eines solchen Konzeptes.

Wohl in der Absicht, den andern Gruppen vorzuzukommen, legte Professor Schnebli im Frühling 1972 ein Papier vor und wollte es gleich an den Schulpräsidenten weiterleiten. Es war aber derart unbrauchbar (Rückfall ins Mittelalter), dass sich ein paar weitere Professoren seiner erbarmen und es neu schreiben mussten. Das entstandene Produkt wurde allen Dozenten zur Unterschrift zugesandt. «Falls Sie uns bis zum (...) keine Antwort zukommen lassen, legen wir das als Ihre Zustimmung aus», stand irgendwo unten. Immerhin ein beachtliches Demokratieverständnis. (Nach Prof. Jaray ist Demokratie ohnehin ein aus Deutschland importierter, völlig unbrauchbarer Begriff...)

Während dieser Zeit befasste sich auch der AR eingehend mit Konzeptfragen. Es zeigte sich aber sehr bald, dass die Auffassungen von Studenten und Dozenten so sehr auseinanderklaffen, dass ein vernünftiger Kompromiss unmöglich wurde. Im Februar 1973 legten die Professoren Hügi, Schnebli und Spieker einen neuen Studienplan vor, der aber vom Abteilungsrat zurückgewiesen wurde.

«Nachdem der Abteilungsrat der Abt. I inners der vom ETH-Präsidenten gesetzten Frist sich nicht auf ein gemeinsames Ausbildungskonzept hatte einig werden können, nahm ETH-Präsident Hauri die Aufgabe selber an die Hand.» Was steckt hinter dieser Vorbemerkung zur (übrigens unpräzisen) Vorstellung des neuen Konzeptes im ETH-Bulletin Nr. 74?

Taktische Eile

Ungewohnt und einmalig – wenn auch nicht abwegig – ist an sich schon der Umstand, dass von einer Abteilung

nebst einem Studienplan noch ein Ausbildungskonzept verlangt wird. Mag sein, dass sich die Schulleitung davon einen Ausweg aus dem nun jahrelangen Seilziehen zwischen Professoren und Studierenden an der Architekturabteilung erhoffte, mag sein, dass sie sich durch den wiederholten aus der Berufspraxis vorgetragenen Vorwurf, an der Abteilung herrsche eine Führungs-krise, beunruhigen liess – jedenfalls verlangte der ETH-Präsident im September 72, nachdem sowohl Studierende mit Assistenten als auch Dozenten getrennt sehr unterschiedliche Konzepte ausgearbeitet hatten, dass der Abteilungsrat (AR) binnen fünf Monaten ein fertiges gemeinsames Konzept zu entwickeln habe.

Nun hat eine professionelle öffentliche Verwaltung in unserer vielgerühmten Demokratie beispielsweise zur Prüfung einer Initiative und zur Antragsstellung hiezu rund ein bis zwei Jahre Zeit, wobei diese Frist um ein weiteres Jahr erstreckt werden kann. Nicht so an der ETH. Dem Gesuch des unprofessionellen AR, im Februar die Frist um ein Semester zu verlängern, entsprach der Präsident nicht, sondern er setzte gleich eine beratende Kommission ein, bestehend aus drei Abteilungsprofessoren (von Gunten, Hügli und Camenzind) und zwei weiteren Architekten (G. Cocchi und P. Schatz, zürcherischer Kantonsbaumeister).

Diese Eile hatte ihren Grund, denn der ETH-Präsident sollte auf vielseitigen Wunsch das Geschäft noch inner-

halb seiner ablaufenden Amtszeit erledigen. Auch das hatte seinen Grund, sind doch er und der altbekannte Alt-Vorstand, Prof. B. Hügli, Duz-Freunde. Hügli seinerseits war – wie hätte es anders sein können – Mitglied der Kommission und wusste genau, dass er seine und weiterer Professoren Vorstellungen bei Präsident Hauri viel leichter würde durchbringen können als bei dessen Nachfolger, Prof. Ursprung.

Die wirklichen Kräfte stehen noch bevor

Nun ist also dieses Ausbildungskonzept unter Dach gebracht worden. Es besitzt an sich wenig Aussagekraft, beinhaltet unzählige Leerformeln, verpflichtet kaum zu etwas und kann sehr verschieden interpretiert werden. Aber es lässt Tendenzen erkennen, und es wird garantiert den neuen Studienplan stützen müssen, der auf Herbst 1974 in Kraft treten soll und auf den es dann wirklich ankommt. Die Planungsrichtung ist schon im Konzept beachtlich an die Wand gedrückt worden.

Und daneben muss man vor allen Dingen verfolgen, was sich hinter den Kulissen tut. Da steht einmal die obligatorische ORL-Vorlesung im 4. Jahr, welche in einem relativ guten Aufbau über gesetzgeberische, methodische und zum Teil auch sozio-ökonomische Vorgänge orientiert, auf der Abschlussliste. Es ist übrigens eine der wenigen Lehrveranstaltungen, die mit grossem Aufwand stets aktuell gehalten werden. Am Sattel des sie betreuenden



Lehrbeauftragten haben die Entwurfprofessoren auch schon gerüttelt. Die ORL-Veranstaltung im 3. Jahr, die systemtheoretische Grundlagen für Planung vermittelt, findet sich auf der umfangreichen persönlichen Abschlussliste des Aestheten Dolf Schnebli, erhielt aber eine vorläufig einjährige Gnadenfrist.

Dazu kommt, dass der ORL-Planungs-Professor Walter Custer, der die ganze Vertiefungsrichtung im wesentlichen aufgebaut hat und der bis jetzt die schlimmsten Angriffe abwehren konnte, kurz vor der Pensionierung steht.

Wenngleich die Planerausbildung heute als zu technokratisch bezeichnet und noch wesentlich ausgebaut und verbessert werden muss, gehört sie doch zum qualitativ Höchststehenden des gesamten Lehrauftrags an der Architekturabteilung. Es liegt nun an den Studierenden, zusammen mit den interessierten Fachkreisen diesen beispiellosen Amoklauf einiger «Berufskonservierer» zu bekämpfen.

Beat Schweingruber

Wasser predigen und Wein trinken

«Alle (drei) Jahre wieder», hiesse der Refrain, der am besten auf das Symposium «Technik für oder gegen den Menschen», das vom 12. bis 15. November an der ETH stattgefunden hat, passen würde. Nach «Schutz unseres Lebensraums» 1970 und «Sicherheit im Strassenverkehr» im vergangenen Jahr wollte die ETH wieder einmal (ihre Aufgabe überdenken). Während der vier Tage des Symposiums wurde indessen mehr geschwätzt als überdacht.

Im vollklimatisierten und künstlich beleuchteten Auditorium maximum durfte der interessierte Hochschulangehörige jeweils zwischen 16 und 19 Uhr Referate unterschiedlicher Qualität über «Grundprobleme unserer technisch-gesellschaftlichen Existenz», «Möglichkeiten struktureller Veränderungen in Wirtschaft und Technologie», «Alternativen der Energieerzeugung und Energieverwendung» und «Die neue Aufgabe der Hochschulen» über sich ergehen lassen. Vorausgesetzt, er hatte nicht Vorlesung bis um 16 Uhr, denn der Veranstaltungsbeginn war raffiniertweise 15 Minuten früher als der an der ETH übliche angesetzt worden, damit das Auditorium maximum (Polsteressel) vorwiegend für die nicht zur ETH gehörenden Teilnehmer reserviert blieb. Studenten konnten ja in der weiteren Auditorien eine Eido-phor-Uebertragung geniessen.

Keiner der Referenten hat auch nur versucht, die Frage der Ursachen des Wirtschaftswachstums und der daraus resultierenden Umweltzerstörung aufzugreifen. Vielmehr wurde dieses als unabänderliche Randbedingung einfach hingenommen. Dr. F. Kern, Generaldirektor der Georg Fischer AG, brachte es sogar zustande, Firmenfusionen und Monopolbildungen als von der Notwendigkeit von Umweltschutzmassnahmen teilweise hervorgerufen und für ihre Durchführung unerlässlich hinzustellen. Nur so könne die optimale Betriebsgrösse erreicht werden, die auch Investitionen in den Umweltschutz ermöglichen. In Tat und Wahrheit kommt es weniger darauf an, wie viel Mittel für Investitionen bereitstehen, als wie diese investiert werden. Kern ging es mehr um die Erhaltung der Marktwirtschaft als um jene der Umwelt. Man müsse sich eben Rechenschaft darüber ablegen, meinte er, «dass eine Unternehmung gewisse Charakteristiken und gewisse Bedürfnisse hat, deren Rechnung getragen werden muss, wenn sie langfristig überleben soll». Aber Kern war kein Einzelgänger! Auch der Elektrizitätswirtschaft wurde Gelegenheit geboten, gleich in zwei Referaten Reklame für die angeblich unvermeidliche Konstruktion von 10 Kernkraftwerken mit einer Leistung von je 1000 Megawatt bis zum Jahr 2000 zu machen. Die beiden Referenten aus der Privatwirtschaft waren aufgetreten, nachdem der Chef des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft seine Teilnahme verweigert hatte. Der starke Mann in der Schweizer Energiewirtschaft ist eben Dr. E. Trümpler, Präsi-

dent des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke... Angesichts der Auswahl derartiger Referenten noch von einem wissenschaftlichen Symposium zu sprechen, das immerhin eine etwas weniger interessengebundene Betrachtungsweise erfordern würde, mutet geradezu grotesk an.

Der Vollständigkeit halber sei hier beigefügt, dass von seiten der Gegner des Wirtschaftswachstums mit einigen Ausnahmen nur wenig Markantes geäußert wurde. Man blieb zu sehr im Allgemeinen, schilderte idyllische Utopien, die niemandem Bauhew machen, oder rettete sich in die Abstraktion.

Nicht nur die Auswahl der Referenten, die ganze Art und Weise, wie dieses Symposium von der Dozentenkommission der ETH organisiert wurde, erscheint äusserst befremdlich. Fest steht, dass einige Leute ihre Teilnahme verweigerten, weil gewisse der eingeladenen Referenten ihnen schon zu profiliert waren. Auch wollte man von Professorenseite nur das Nachmittagsgeschehen für das «Überdenken der Aufgabe der Hochschulen» hergeben, während es im vergangenen Jahr für «Sicherheit im Strassenverkehr» noch der ganze Tag sein durfte. Die Organisation der Studenten und der Assistenten – der VSETH und die AVETH – wurden nicht zur Organisation beigezogen und erst nach beschlossener Auswahl der Referenten ins Bild gesetzt. Die studentischen Teilnehmer an den Diskussionen hatten die Professoren selbst beigezogen und dabei verständlicherweise nicht gerade die kritischsten gewählt.

Geradezu rührend wirken die Schlüsse, die aus dem Symposium gezogen wurden. Angefangen bei Bundesrat H. P. Tschudi, der in seiner Eröffnungsansprache sagte, damit die Technik sich zum Segen des Menschen auswirke, bedürfe es intensiver, im Vergleich zum jetzigen Zustand erheblich vermehrter Forschungsanstrengungen, und dabei als erstes Beispiel folgendes anführte: «So wird sich die Theologie um die richtige Deutung des oft missverstandenen Bibelworts 'Macht Euch die Erde untertan' bemühen.» Damit gerät man gewiss noch keinem Umweltverschmutzer in die Quere!

Das abschliessende Podiumsgespräch diente im wesentlichen dazu festzustellen, dass sich an der ETH einiges schon tut, fast alles möglich ist und es am guten Willen nicht fehlt. Der Podiumsleiter, der Philosophieprofessor und Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrats, Gerhard Huber, hat es sogar verstanden, in seiner schon einige Tage vor dem Symposium verfassten Schlussbetrachtung nicht viel anderes zu sagen, als was er schon anlässlich des Symposiums von 1970 hervorgebracht hatte: Man müsse den Blick aufs Ganze öffnen, der Spezialinteresse entgegenwirken, die technische Rationalität in die «übergreifende Vernunft» einordnen und zu einer ethischen Besinnung kommen. Wer die «übergreifende Vernunft» sucht, stehe einmal in der Stosszeit auf den Buchegg, den Schaffhauser- oder den

Escher-Wyss-Platz. Er wird feststellen müssen, dass diese Vernunft gegenüber der Technik schon lange ein Schatten-dasein führt. Und: Moralisten haben seit 3000 Jahren kein Massaker und kein Elend verhindern können.

Die Folgen, die das «Überdenken der Aufgaben der Hochschule» für die Hochschule ungefährlich hält, kann man am besten dann einschätzen, wenn man feststellt, dass die gleichen Schlussfolgerungen wie diesmal schon vor drei Jahren von Prof. Karl Schmid am Ende des damaligen Symposiums gezogen worden sind. Schulratspräsident Burckhardt wünschte seinerseits schon damals voller Ueberzeugung, «dass das Symposium zum Ausgangsereignis einer Bewegung intensiver Zusammenarbeit innerhalb der ETH und darüber hinaus werde. Die zahlreichen Köpfe an unserer Schule, die von der Mission durchdrungen sind, werden sich weiter Gedanken über die Form der Zusammenarbeit machen und baldige Initiativen anregen (beides nachzulesen in: «Schutz unseres Lebensraums», Hubertus, 1971). Sah man an der Hochschule seither wesentliche Änderungen? Hatte das wehmütig predigte «Überdenken» auch ein Handeln zur Folge? Die Antwort überlassen wir dem Leser.

Eines sei noch betont: Solange die Hochschule – gemeint sind damit ihre etablierten Funktionsträger: Behörden und Dozenten – sich bemühen wird, jeden Vorschlag für wirklich fundamentale Änderungen in Unterricht und Forschung (im Sinne der Schlussfolgerungen des Symposiums) hartnäckig zu ignorieren, jahrelang zu schuldbisieren oder gar mit allen Mitteln abzuklemmen, wird sie mit ihrem aufwendig bekundeten «guten Willen» unglaubwürdig bleiben. Vorschläge von seiten der Studenten für eine neue Aufgabe der Hochschulen, denen es weder an der Zahl noch an der Fundiertheit fehle, stiessen jedenfalls bisher noch immer auf taube Ohren. Wieviel einfacher ist es doch, mit einer grossangelegten Veranstaltung wieder einmal in die Zeitungen zu kommen und die Leute so darüber hinwegzutrogen oder zu -täuschen, dass an der ETH täglich mehr in Richtung der Zerstörung der Umwelt als in Richtung ihrer Erhaltung geforscht wird.

Es ist nicht auszuschliessen, dass – bliamieren kann man sich schliesslich nicht – in nächster Zeit doch noch die eine oder die andere Konsequenz aus dem Symposium gezogen wird. Bereits ist beschlossen worden, die Raumtemperatur an der ETH um 2° C zu senken. (Davon werden ja weder der Unterricht noch die Forschung inhaltlich betroffen.) Auch die Schaffung eines Instituts für «sanfte Technologie» liegt im Bereich des Möglichen. Doch auch dies würde nur darauf hinausgehen, den Leuten Sand in die Augen zu streuen und die Aufmerksamkeit vom ganzen übrigen Forschungsbetrieb abzulenken. Jedenfalls werden sich die mächtigen unter den Instituten, hinter denen auch mächtige Industrien stehen, weder heute noch morgen ins Hand-werk pfuschen lassen. Und sich die Hände reiben, wenn an der Hochschule weiterhin jedes Jahr ein Alibisymposium stattfindet. Pierre Freimüller

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 740.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunst und Beratung.



Agentur ZÜRICH

Tel. 32 62 11, intern 3273

Wie sollen sich Studenten organisieren?

Die Alternative: Einheit oder Chaos

Im Mittelpunkt der Diskussion um das neue ETH-Gesetz steht, mindestens auf studentischer Seite, die Verankerung der Mitwirkung und die, zur Ausschöpfung derselben notwendige, institutionalisierte Organisation der Studenten an der ETH. Juristisch gesehen sind zwei Möglichkeiten gegeben:

- Die öffentlichrechtliche Körperschaft (im Gesetz verankert, Zwangsmittelgeschlecht aller Studenten)
 - Privatrechtliche Verelle, die auch bei Summierung ihrer Mitgliederzahlen keinesfalls alle Studenten umfassen.
- Die Wahl der geeigneten Organisationsform muss von den Anforderungen und Bedürfnissen her getroffen werden.

Aus den Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Organisation sowohl an der ETH wie an anderen schweizerischen Hochschulen ergeben sich gewisse grundsätzliche Forderungen an die juristische Person der Studentenschaft.

- Sie muss, ohne Ausnahme, alle Studenten der betreffenden Hochschule umfassen; muss autonom und demokratisch sein und soll von einem gewählten Studentenparlament als oberstem Organ geleitet werden.

- Die Studentenschaft muss als öffentlichrechtliche Körperschaft im betreffenden Hochschulgesetz verankert sein. (Auf kantonalen Ebene: Universitätsgesetz; auf Bundesebene: für die beiden ETH im neuen ETH-Gesetz.) Leider ist es sogar dann noch möglich, die öffentlichrechtliche Studentenschaft durch eine entsprechende Gesetzesänderung aus der Welt zu schaffen (wie dies kürzlich im Berner Grossen Rat mit der Berner Studentenschaft versucht wurde).

- Die politische Ermessensaufsicht der Schulleitung oder der Regierung darf keinesfalls im Gesetz Aufnahme finden: Die studentische Autonomie und Handlungsfähigkeit, auch im politischen Sinn, würde dadurch grob verletzt.

- Die Ermessensaufsicht ist das Druckmittel, das es der Schulleitung erlaubt, die öffentlichrechtliche Studentenschaft als Werkzeug zur Befriedigung der Studenten zu benutzen. Erst durch die politische Handlungsfähigkeit der Studentenschaft kann eine wirksame Vertretung studentischer Interessen und Verteidigung studentischer Anliegen stattfinden. Die Ermessensaufsicht heisst aber, den Studenten politisch die Hände auf dem Rücken zusammenbinden!

- Die Rechtsaufsicht ist die einzige Aufsichtsfunktion, die vom Gesetzgeber (als «Volksvertreter») ausgeübt werden darf. Die Rechtsaufsicht ist ein definierter juristischer Begriff, der die rein formelle Kontrolle über die Einhaltung der juristischen Verbindlichkeiten bedeutet. Allein diese formale Rechtsaufsicht ist im Gesetz zu erwähnen, wobei die Aufsicht einem Gremium der Regierung (EDI), keinesfalls aber der Schulbehörde zugeteilt werden müsste. Die Rechtsaufsicht stellt auch als streng definierter juristischer Begriff eine grosse Gefahr für die Studentenschaft dar, wenn die Schulleitung die Aufsicht als Sanktionsmittel gegen eine unbenutzbare Studentenschaft brauchen kann.

- Die finanzielle Unabhängigkeit der studentischen Zwangskörperschaft – insbesondere die Budgetberatung und -genehmigung sowie selbständiges Rechnungswesen der Studentenschaft – versteht sich von selbst, sobald man die Rechtsaufsicht definiert und angeordnet hat. Jedoch, wie die Massnahmen der Berner Kantonsregierung gegenüber der Studentenschaft der Uni Bern im letzten Semester zeigten, ist kein Grundsatz sicher, wenn es gilt, unangenehme Kritiken auszusprechen: Der Berner Regierungsrat eröffnete

eine «Kasse für studentische Zwecke», in die die Semesterbeiträge der Berner Studenten einbezahlt werden müssten. Eine Kommission, welche nebst Studentenvertretern mehrheitlich aus Behördenvertretern besteht, genehmigt auf Antrag des Studentenschaftsparlamentes Beiträge für bestimmte Zwecke. Somit kann die Studentenschaft mittels Geldhahn im Zaum gehalten werden.

Diese erste Sanktion artete, unterstützt durch die Aktion Pro Uni und auf Grund eines sehr zweifelhaften Polit-«Rechtsgutachtens» Prof. Hubers, zum Vorstoss zur Abschaffung der öffentlichrechtlichen Zwangskörperschaft aus.

Kommt die wichtigste Forderung nach einer sauberen gesetzlichen Regelung der studentischen Organisationen nicht zustande, so sind die Studenten gezwungen, sich in einem privatrechtlichen Verein zu organisieren, der allenfalls öffentlichrechtliche Aufgaben erfüllen kann. Diese Organisationsform mag auf den ersten Blick günstig er-

scheinen, denn sie bietet mehr Unabhängigkeit (ein spezifischer privatrechtlicher Verein kann weder aufgelöst noch unter Aufsicht gestellt werden), weil sie keine Institution des öffentlichen Rechts ist, welche eine formelle Aufsicht über sich haben muss. Jedoch zeigen sich gewisse Nachteile: Da es jedem Studenten erlaubt ist, aus dem privatrechtlichen Verein auszutreten, benützt Unzufriedene diese Lücke allzuleicht und allzuoft dazu, anderen Ansichten auszuweichen, anstatt mit gesundem Engagement im Parlament ihre Sache zu vertreten. Kleine Gegen- und Splittergruppen bilden sich, mit dem Ziel, Obstruktion gegen die Quasi-Studentenschaft zu betreiben: Kurzum, eine empfindliche Spaltung der Studentenschaft findet statt, sehr zum Nachteil der studentischen Autonomie und des Meinungsbildungsprozesses: Unnötigen müssen von der Schulleitung durchgeführt werden, studentische Vertreter in offizielle Gremien zu wählen. Bei Vernehmlassungen müssen Stellungnahmen bei verschiedenen Gruppen eingeholt werden, wobei ihre Mitgliederzahlen für das Gewicht, das der Stellungnahme zugemessen wird, massgebend ist. Doppelmitgliedschaften erschweren die Gewichtung. An die Stelle eines demokratischen Prozesses tritt das Chaos. Ein Chaos, das allein eine genügend abgesicherte öffentlichrechtliche Organisation zu klären instande ist. VSETH-Vorstand

Abseitsstehen ist die falsche Lösung

zs. Kantonsrat Hans-Georg Lüchinger (fdp.) hat uns gebeten, folgenden Beitrag von ihm, der in der NZZ Nr. 264 vom 28.9.73 unter dem Titel «ETH: Antwort an kleinstmögliche Demokraten» erschienen ist, zu veröffentlichen. Wir kommen diesem Wunsch gerne nach, wenn wir auch mit der Diagnose des Autors nicht in allen Punkten einig gehen und diese auch zu widerlegen vermöchten. Darauf soll allerdings hier verzichtet werden.

Meine Kritik an der Desavouierung des Verbands der Studierenden an der ETH (VSETH) durch den Präsidenten der ETH Zürich hat zwei Leserbriefe an die «NZZ» provoziert. Im einen («NZZ»-Inlandausgabe Nr. 438) klagt E. Z. über eine linke Unterwanderung des VSETH, die er der Trägheit der andersdenkenden Studierenden zuschreibt. E. Z. bekämpft eine öffentlichrechtliche Organisation der Studentenschaft im künftigen ETH-Gesetz, weil durch eine solche Zwangskörperschaft die «beste und zeitparendeste Art des Protestes gegen politische Unterwanderung innerhalb der studentischen Organe» verunmöglicht werde, nämlich der Austritt. In ähnlicher Weise hat eine Woche zuvor («NZZ»-Inlandausgabe Nr. 415) R. R. Faes dem «zürcher student» einseitige Linkstendenz und Meinungsmanipulation vorgeworfen und damit die Herausgabe studentischer Konkurrenzzeitungen verteidigt.

Beide Reaktionen erinnern mich an jene glücklicherweise seltenen Mitglieder politischer Parteien, die nach einer ihren Ansichten zuwiderlaufenden Parole ihrer Partei entrüstet den Austritt erklären. Als ob damit etwas verändert würde. Der VSETH ist demokratisch formiert. Er kennt die demokratischen Institutionen der allgemeinen Wahlen, der Initiative und des Referendums. Wer etwas ändern will, dem stehen daher die institutionellen Mittel zur Verfügung. Aber er muss davon Gebrauch machen. Demokratie verlangt Teilnahme. Sie ist allerdings eine sehr mühsame und zeitraubende Angelegenheit. Wer diese Mühe nicht auf sich nimmt, darf sich nicht beklagen, wenn

Andersdenkende mit mehr Einsatz und Durchhaltungsvermögen die Oberhand gewinnen. Das ist das Gesetz der Demokratie.

Ich meine, dass die jahrzehntealte Gewohnheit, nach welcher die Studentenschaften unserer Hochschulen ihre eigenen Interessen vertreten, nicht einfach abgeschrieben werden sollte, weil in den letzten Jahren nicht alles nach unseren Wünschen lief. Eine öffentlichrechtliche, alle Studierenden umfassende



sende Organisation der studentischen Gemeinschaft einzelner Hochschulen ist auch heute noch sinnvoll, soweit sie sich auf Belange der Studenten, der Hochschule und allenfalls der Bildung im allgemeinen beschränkt. Sie ist auch nach meiner Meinung abzulehnen, sofern ein allgemeines politisches Mandat daraus abgeleitet wird. Dass die mangelnde personelle Kontinuität die studentische Selbstverwaltung zu einer oft mühsam anmutenden Sisyphusarbeit macht, liegt in der Natur der Verhältnisse begründet und ist kaum zu ändern. Auch das sollte kein Grund dafür sein, die studentische Gemeinschaft abzuschreiben.

Was den «zürcher student» betrifft, so wird dieser aus den Beiträgen aller Studierenden finanziert und hat dadurch eine Auflage und Aufmachung, die beherrschend ist. Auch das scheint mir daher das Abseitsstehen die falsche Lösung zu sein. Auch da gilt das Prinzip der Partizipation. Die Vorstände der Studentenschaften der beiden Hochschulen haben in einer gemeinsamen Verlautbarung («NZZ»-Inlandausgabe Nr. 438) festgestellt, dass die derzeitigen Redaktoren des «zürcher student» ohne Gegenkandidaten gewählt wurden und dass einige politische Gruppierungen im «zürcher student» darum nicht zum Wort gekommen sind, weil sie sich nicht zum Wort gemeldet haben. Ich bin der Meinung, dass die Redaktion des «zürcher student», gestützt auf die öffentliche Organisation der Studentenschaft der Universität und mit Rücksicht auf den öffentlichrechtlichen Beitrag aller Studierenden an der ETH, verpflichtet ist, ein offenes Blatt zu führen, alle Gruppen der Studentenschaft zum Wort kommen zu lassen und sie hinsichtlich Raum und Platzierung gleich zu behandeln. Wem daher die Veröffentlichung von Artikeln aus offensichtlich politischen Gründen verweigert werden sollte, hat meines Erachtens ein Recht zur Beschwerde.

Offenbar liegt aber der Grund für die auch von mir festgestellte politische Einseitigkeit des «zürcher student» weniger in einer Manipulation durch die Redaktoren als in der von E. Z. erwähnten Trägheit der andersdenkenden Studenten begründet. Dem wäre allerdings einschränkend beizufügen, dass

eine wirklich offene und neutrale Redaktion andere Meinungsäusserungen aktiv suchen müsste.

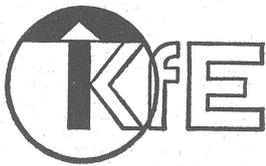
Der diese Zeilen schreibt, hat in seiner Studienzeit während zweier Jahre einen grossen Teil seiner Zeit der studentischen Selbstverwaltung gewidmet, davon ein Jahr als Präsident des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften. Die dabei gesammelten Erfahrungen waren das Zeitopfer wert. Obwohl das Klima an den Hochschulen damals viel gemässiger war, gab es doch auch Stürme und Enttäuschungen sowie das Phänomen der politischen Trägheit allzu vieler Studierender. Aber es gab doch eine bedeutende Gruppe liberaler Studenten, welche die notwendige Zeit opferten und den Gang in die vornehme Isolation mieden. Gibt es sie heute nicht mehr? Ich kann es nicht glauben.

H. G. Lüchinger

Andere Meinungen suchen wir, wie bereits in der Kolonne «Einmal mehr» im Nr. 51/5, Oktober 1973, erklärt. Diese Aufforderung möchten wir mit dem Ausdruck des Beitrags von H. G. Lüchinger wiederholen.

Eines muss hier betont werden: Falls es uns je einmal passieren sollte, einen Beitrag abzuweisen, so deshalb, weil der Inhalt einer Zeitung auch gewissen qualitativen Anforderungen genügen muss, damit sie den Leser interessiert. Es wird sicher einleuchten, dass noch lange nicht jedes Elaborat, das von seinem Autor zwar als «sauberes» eingestuft wird, in diesem Sinne auch würdevoll ist, durch die Druckerpresse zu laufen. Ebenso kann es vorkommen, dass Beiträge gekürzt werden müssen; sowohl technische wie auch wirtschaftliche Imperative setzen da genaue Grenzen.

Redaktion «zürcher student»



Wir stellen uns vor:

Kommission für Entwicklungsfragen der Universität Zürich
Rämistrasse 66, 8001 Zürich
Tel. (01) 32 92 87

In der letzten Sitzung des GSR vor den Sommerferien wurde die KfE der Uni gänzlich neu bestellt. Studentische Kommissionen stehen immer wieder vor dem Problem, Leute zu finden, die sich schon vor ihrer Wahl in den entsprechenden Sachbereich eingearbeitet haben. Die neue KfE hat sich bemüht, in ihrer Zusammensetzung diesem Kriterium zu genügen: Ihre Mitglieder haben sich schon längere Zeit im Rahmen der Arbeitsgruppe dritte Welt Zürich intensiv mit Fragen der Entwicklung und Ursachen der Unterentwicklung auseinandergesetzt (z. T. mit Studienaufenthalten in der dritten Welt).

Entsprechend diesem Zweckparagrafen liegt unser arbeitsmässiger Einsatz hauptsächlich in der Informationsvermittlung an der Uni. Im umgekehrten Verhältnis dazu steht der finanzielle Aufwand: die mit dem Semesterbeitrag freiwillig einbezahlten 2 Fr. für Entwicklungsfragen gehen vorwiegend in Entwicklungsprojekte.

Unser Schwerpunkt der Projektunterstützung liegt – wie übrigens schon bei unseren Vorgängern – in Tansania in Ostafrika. Tansania gehört unter den Entwicklungsländern zu den allerärmsten, doch versucht es im Unterschied zu zahlreichen andern Entwicklungsländern, einen eigenständigen Weg zu gehen; es will sich Entwicklung nicht von ausländischen Investoren aufdrängen lassen, sondern diese selber in die Hand nehmen. Mit seinem Konzept des «afrikanischen Sozialismus» oder «afrikanischen Solidarismus» (das Deutsche kennt keine genaue Entsprechung für das Suaheli-Wort «Ujamaa») knüpft es bewusst an die gemeinschaftlichen Traditionen der afrikanischen Grossfamilie und Sippe an. Mit Staatspräsident Julius Nyerere hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Entwicklung in einem Land, wo über 90 Prozent der Bevölkerung Kleinbauern sind, nur eben mit diesen Kleinbauern zusammen geschehen kann. So ordnet sich Ent-

wicklungshilfe, die an Tansania geleistet wird, in ein sinnvolles Gesamtkonzept der Entwicklung ein, welches die ärmsten Bevölkerungsteile fördert.

Tansania steht im Spannungsfeld des südlichen Afrika mit seinen weissen Minderheitsregimes in Südafrika (inkl. Namibia, dem vormals deutschen Kolonialgebiet Südwestafrika) und Rhodesien – den portugiesischen Kolonien (offiziell «Ueberseeprovinzen») Angola und Moçambique.

Der bewaffnete Befreiungskampf der Afrikaner in diesen Kolonien, der erst aufgenommen wurde, nachdem gewaltlose Forderungen der Afrikaner von der Kolonialmacht mit Gewalt beantwortet worden waren, wurde und wird immer noch im Grossteil unserer Presse kaum erwähnt. Schlagzeilen machen im besten Fall Einzelereignisse wie der Rückzug von Missionaren aus politischen Gründen oder die sich häufenden Berichte von Massakern an der afrikanischen Bevölkerung durch portugiesische Truppen; doch über die Hintergründe der Unterdrückung und den Befreiungskampf der Afrikaner erfahren wir in der Presse nur wenig.

Die vor einigen Jahren erstmals geäusserte Befürchtung, dass südliche Afrika könnte zu einem zweiten Vietnam werden, verdrückt sich immer mehr, da die Weissen ihre Herrschaft nicht freiwillig abtreten werden und sich der Widerstand der Afrikaner immer mehr ausdehnt. (Die Befreiungsbewegung PAIGC in Westafrika hat für die von ihr befreiten Gebiete von Guinea-Bissau Ende September die Unabhängigkeit von Portugal ausgerufen.)

Für Kommissionen, die sich eingehender mit dem Problembereich Entwicklung – Unterentwicklung beschäftigen möchten, bieten die KfE- und die KfE-ETH gemeinsam mit der Arbeitsgruppe dritte Welt Zürich eine «Einführungsgruppe» an, die sich jeweils am Dienstag um 18.30 Uhr im Foyer Voltastrasse 58 trifft.

Für die KfE-Unti: Hans Sonderegger

Oeffentliche Veranstaltungen der Evangelischen Hochschulgemeinde Christliche (Un)Tugenden

erlöse uns
jesus
von den christlichen Sünden
mache uns frei
(Ernst Eggimann)

Die christlichen (Un)Tugenden sollen nicht verteidigt oder restauriert werden; sie gehören aber einfach zu unserer Vergangenheit, und diese sollen wir nicht unbearbeitet und unfruchtbar lassen.

Im Dezember und Januar, montags um 18.30 Uhr
Gespräche mit Schriftstellern
im Foyer Voltastrasse 58

3. Dezember
Jürg ACKLIN und Silvio BLATTER
Das Ueberhandnehmen der Tugenden

10. Dezember
Ernst EGGIMANN
Erlösung von den christlichen Sünden

17. Dezember
Oskar PFENNINGER
Meine obszönen Texte

14. Januar
Kurt MARTI
Autoritäre Strukturen in der Gottesvorstellung

Weg von der Hochschule!

Hast Du Dein Studium beendet? Gehst Du ins Praktikum?

Von nun an kommst Du vielleicht nur noch selten oder gar nicht mehr an die Hochschule. Du wirst also auch den «zürcher student» und «konzept» nicht mehr einfach irgendwo auflesen können. Falls Du den «zürcher student» als einen wertvollen Beitrag im Bitterwald betrachtest und nicht als eine neue Form von Umweltverschmutzung, dann lass Dir empfehlen, ihn mit diesem Talon zu abonnieren.

Ich bestelle ein Abonnement «zürcher student/konzept» bis Februar 1975 für Fr. 21.-*

Ich bestelle ein Abonnement auf «konzept» allein bis Dezember 1974 für Fr. 13.-* (Nichtzutreffendes streichen)

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)

Name und Adresse:

Mit 30 Rp. frankiert einsenden an: «zürcher student», Rämistr. 66, 8001 Zürich.
zs 51/6

Anleitung II zur Benutzung der Stadt Zürich*

Bretter und Leinwände, die die Welt (be)deuten

Nachdem wir im letzten «zs» einige Tips über Beizen und Läden usw. vermittelt haben, befassen wir uns in diesem Beitrag – wiederum in erster Linie für die neu nach Zürich gekommenen Studierenden – etwas mit der Theater- und Kinolandschaft Zürichs. Neben Benutzungsgewohnheiten und Kurzcharakteristiken (auszugsweise) der Kinos und Theater veröffentlichten wir nebenstehend ein Gespräch mit Klaus Völker über das Theater am Neumarkt. In der nächsten Ausgabe wird ein Interview mit Zbigniew Stok, dem Leiter des Kammertheaters, folgen.

Wer in Zürich der «siebenten Kunst» frönen will, hat oft die Qual der Wahl. Neben den knapp drei Dutzend kommerziellen Kinos, von denen immerhin rund die Hälfte nicht andauernd pseudoerotische Fleischschauen oder knallharte Edelschlägereien zum besten gibt, existieren mehrere Möglichkeiten, Filme zu sehen, die ausserhalb der kommerziellen Produktion stehen oder die – als zu unergiebig – von den Kinos nicht mehr gespielt werden.

Studenten kino und Studentenvergünstigung

Dazu gehören die VSETH-Filmstelle (Programm auf den Plakätschen und jeweils im Wochenkalender), das Filmprogramm des KSJR sowie der Mittelschul-Filmklub (Aula Rämibühl), beide jeweils im Wochen-Bulletin der Studentenschaft UN angekündigt. Ausserhalb der Schulen findet man ein ähnliches Angebot vor allem im Filmpodium, das von der Präsidialabteilung der Stadt veranlasst wird und immer am Montag im Kino Radium stattfindet (Programm auf den Plakaten «Filmpodium» und in der Tagespresse). Dazu ist auch die Vereinigung «Der andere Film» (DAF) zu zählen, die am Sonntagvormittag im Kino Etoile insbesondere sozialistische Filme zeigt (Mitgliederkarte erforderlich).

Im Gegensatz zu andern Schweizer Städten gewähren die meisten Zürcher Kinos gegen Vorweisung der Legi eine Vergünstigung, das heisst, man bezahlt eine Platzkategorie weniger, als man sitzt. Vielfach gilt diese Reduktion nur von Montag bis Donnerstag, teilweise gilt sie nur für die Nachmittagsvorstellungen (zum Beispiel im «Apollo-Studio», das übrigens eines der wenigen «klassenlosen» Kinos ist, d. h. nur eine Platzkategorie kennt).

Die Theater gewähren Studierenden in der Regel eine Preisermässigung von 50%, teilweise aber nur an der Abendkasse.

Die Kinos bekommen ein Brüderchen

Die kulturell wichtigen Filme, die cineastischen Leckerbissen usw. sind meist – wie anderswo – in denselben paar Kinos anzutreffen. Das beachtenswerteste darunter ist sicher das «Nord-Süd» am Schiffhändleplatz. Dort werden, zum Teil in ganzen Zyklen, die Filme der Genfer «Groupe 5» (mit den Realisatoren Alain Tanner, Michel Soutter und Claude Goretta) aufgeführt. Häufig anzutreffen sind hier auch südamerikanische Filme (Glauber Rocha) sowie französische Studiofilme. Man kann wohl ruhigen Gewissens sagen, dass sich, auch ohne Konsultation der Kritiken, jeder Besuch im «Nord-Süd» lohnt.

Das «Studio Utov» in der Kalkbreite bringt häufig Reprisen guter oder doch erfolgreicher Filme, hin und wieder auch osteuropäische Filme. Das «Alba» beim Central hat sich etwas auf französische, schwedische, russische und auch tschechische Klassiker spezialisiert. Im «Wellenberg» am Hirschenplatz sind gute Studiofilme, anspruchsvolle Unterhaltungsfilme und auch etwa ein Polit-Thriller zu sehen (Pasolini, Godard, Truffaut, Chaplin-Reprisen, Gavras u. a.). Vorwiegend englische und schwedische Filme (Bergman) zeigt das «Picadilly» beim Bahnhof Stadelhofen.

Neben und dazugehörend, wird Ende Woche das 49plätzige Kleinkino «Commercion» eröffnet. Den Namen übernimmt es von Zürichs ältester Theater, die ursprünglich an der Schützen-gasse beheimatet war, dort einem Bärenbau weichen musste und deren vollständige Einrichtung nun beim Picadilly wieder aufgebaut worden ist. Das «Commercion» soll in erster Linie ein Studio- und Experimentierkino sein und wird in Zusammenarbeit mit dem Filmpodium und dem Schweizerischen Filmzentrum spezielle Zyklen und Retrospektiven organisieren.

Allerlei Bewährtes

Im Banken- und Versicherungsviertel findet sich das «Studio 4» (Nüscherstrasse), in dem vorab gut gemachte Kommerzfilme, Studiofilme und gehobene Kassenschläger zu sehen sind. Ähnlich gelagert sind das «Apollo-Studio» (nicht zu verwechseln mit dem «Apollo-Cinemas», beide am Stauffacher) sowie – mit eher französischem Schwergewicht – das Kino «Le Paris» am Stadelhofen.

Selbstverständlich gibt es in Zürich eine ganze Handvoll jener Kinos, die den Frustrierten aller Grade zwei Stunden voll knisternder Erotik und sprühender Sinnelust versprechen und meist nur eine noch grössere Frustration hinterlassen. Wenn du also einmal in der Situation eines potentiellen Sex-film-Fleischbeschauers bist, dann mach lieber eine Kontaktanzeige im «kon-

Kinos oder Warenhäuser

Das «Picadilly» war bereits totgesagt, denn das Haus gehört der Jelmoli-Grands Magasins SA, welche in ihrem branchenüblichen Verdrängungsstreb dort ein Warenhaus aufzustellen die Absicht hatte. Grund für dieses Vorhaben waren die vom zukünftigen S-Bahn-Knoten Stadelhofen erwarteten Pendlerströme. Geschickterweise wartete Jelmoli zuerst die Volksabstimmung über die U- und S-Bahn ab und konnte daher nach deren (für die Wirtschaft) negativem Ausgang das Projekt zurückstellen, im Gegensatz zu Globus und Oscar Weber, deren Tochtergesellschaften ABM bzw. Epa schon am Bauen waren.

«zept» – wir drucken alles, was beim Bundesanwaltschaft noch so durchgeht... Die Theaterlandschaft der Stadt Zürich lässt sich relativ gut charakterisieren. Jede der rund acht Bühnen (ohne Opernhaus) hat ihre Eigenschaften, ihre Ziele, ihre Arbeitsweise und ihr Publikum. Natürlich verwischen sich die Grenzen da und dort.

Am schillerndsten präsentiert sich das Schauspielhaus. Aussererlich von völlig unscheinbarer Architektur, hat es doch dank der Nazizeit Weltruf erlangt können. Letzteres ist allerdings schon lange her, und als vor vier Jahren Peter Löffler versucht hat, die Bühne aus der selbstgefälligen Renommierrolle der «kobern 5%» herauszureissen und aktuelles, angriffiges und poli-

Möglich- und Unmöglichkeiten engagierten Theaters

«Warum soll Denken nicht auch Spass machen?»

Mit jenen zwei Theatern, die wir zurzeit als die interessantesten auf dem Platz Zürich betrachten, möchten wir unsere Leser etwas näher vertraut machen. Deshalb hat sich Werner Kuhn mit Klaus Völker über das Theater am Neumarkt im speziellen unterhalten. In der nächsten Ausgabe lassen wir ein Interview mit Zbigniew Stok über sein Kammertheater folgen.

Zürcher Student: Herr Völker, für welche Tätigkeit sind Sie vom Theater am Neumarkt engagiert worden?

Völker: Als Dramaturg, zusammen mit Claus Bremer. Und zwar haben wir uns, nachdem der Spielplan gemeinsam mit dem gesamten Ensemble entwickelt worden war, die Stücke für die Dramaturgie aufgeteilt. Ich habe die ersten drei Produktionen übernommen, also Goethes «Stella», Wedekinds «Tod und Teufel» und jetzt «Lichtenberg» von Gerhard Roth. Die nächsten Stücke macht Claus Bremer, und am Ende der Spielzeit bin ich wieder da.

zs: Als Sie mit Peter Stein unter der Direktion von Peter Löffler am Schauspielhaus waren, konnten Sie Ihre Arbeit nicht mit der nötigen Konsequenz durchführen. Haben Sie das Gefühl, dass Sie jetzt, im Theater am Neumarkt, die Atmosphäre und die Möglichkeit zum Arbeiten haben?

V: Am Schauspielhaus wurde die Möglichkeit eben von aussen her abge-

schritten, von einigen Leuten verhindert. Hier sind schon die Voraussetzungen ganz anders. Damals wurden wir von einem Verwaltungsrat den dort schon anwesenden Mitgliedern vor die Nase gesetzt, und wir haben auch relativ viele Leute mitbringen können. Hier ist es so, dass das ganze Ensemble mich früher schon kennengelernt hat. In der letzten Spielzeit hatte ich im Zusammenhang mit der Operette «Saison in Salzburg», die hier lief, mit den Schauspielern eine Art Sozialgeschichte der Operette vorher abgehandelt. Also die kannten mich jedenfalls und wollten mich hier, und das sind natürlich bessere Voraussetzungen für die Arbeit.

Grosse «Kleinkunst»

Ueber das Theater am Neumarkt, das bezüglich Mitbestimmung für Zürich wohl als Modellfall gelten kann, orientiert das nebenstehende Gespräch mit Klaus Völker. Mit dem ebenfalls sehr interessanten Kammertheater werden wir uns in der nächsten «zs»-Ausgabe noch befassen.

Hinter dem Kunsthaus gibt es im selben Gebäude gleich zwei Theater: unten das Kellerartige Theater an der Winkelwiese und im dritten Stock das Zimmertheater von Hedy Maria Wettstein. Unten wird in dieser Spielzeit ebenfalls mit Mitbestimmung experimentiert. In praktischer Gleichberechtigung hat das fünfköpfige Ensemble Rainer Werner Fassbinders «Bremer Freiheit» auf die Bühne gestellt. Frau Wettstein sieht als Zentrum des Spielplans ihre eigenen Auführungen von Monodramen (Einpersonenstücke). Daneben gastieren auch Ausstehende, z. B. Beat Richner mit seinem «Beatocello», und die Institution des «Literarischen Dienstags» wird weitergeführt.

An der Limmat unten liegt das Theater am Hechtplatz, dessen Schweregewicht auf Kabarett und Chansons liegt. Das Bernhard-Theater, zwischen Opernhaus und See gelegen, schwankt zuweilen unter den Laststürmen, die von Ruedi Walter, Willi Millowitsch oder Emil einem Publikum entlockt werden, das lachen möchte, ohne denken zu müssen.

Nicht vergessen werden darf das Theater II in Oerlikon, das unter Mitwirkung der Präsidialabteilung der Stadt ganz beachtliche Gastspiele ausländischer (vor allem gesellschaftskritischer) Theater organisiert.

Ueber Aufgabe, Sinn und Wert all dieser institutionalisierten Theater lässt sich durchaus diskutieren. Es ist eine Tatsache, dass nur eine Minderheit Theater überhaupt besucht. Es ist daher sehr zu begrüssen, dass auch in Zürich das Theater versucht, unter die Leute zu gehen, das vermehrt Strassen-theater und ähnliches produziert werden, mit dem Ziel der politischen Aufklärungsarbeit, als Mittel des politischen Kampfes. Denn unpolitisches Theater, das sollte sich mittlerweile herumgesprochen haben, gibt es sowenig wie unpolitische Hochschulen.

Beat Schweingruber
* 1. Teil siehe «zs» Nr. 51/5, Oktober 73.

das ein genügend starkes neues Publikum einzug. Nun gilt aber auch das Neumarkt-Theater, trotz einigen Versuchen, als institutionelles Theater. Das heisst, Sie müssen sich des bürgerlichen Publikums bewusst sein und machen sich wohl keine Illusionen, Veränderungen hervorbringen zu können. Oder sehen Sie das anders?

V: Natürlich ist hier ein bürgerliches Publikum, darüber kann man sich nicht hinwegsetzen. Man kann nicht mit einem imaginären Arbeiterpublikum operieren, mit einem Publikum, das gar nicht hier ist und ausserdem in Zürich sehr schwer zu finden ist...

zs: Weil es gar kein echtes Proletariat gibt?

V: Das könnte man sagen. Es gibt schon proletarische Verhältnisse, aber die sind ganz anderer Art. Im Vergleich zu andern Ländern sind es eigentlich nur kleinstädtische Verhältnisse und Zustände. Jedenfalls ist dieses Publi-

herauszubekommen und etwas über die Rollen zu erfahren, um möglichst viel sachliche Argumente bei der Besetzung zu haben, damit nicht nur die vielleicht subjektiven Wünsche des Regisseurs oder anderer an der Produktion Beteiligten eingeholt werden. Ausserdem können die Schauspieler ihre Rollenwünsche anbringen. Das alles wird besprochen und diskutiert. Sicher gibt es da auch noch Probleme, die mit dem – was vielleicht einige Leute nicht gern hören – Talent und dem handwerklichen Können zusammenhängen.

zs: Weshalb wird hier, im Theater am Neumarkt quasi ein Repertoiretheater gemacht? Weshalb stellt man nicht mehr Versuche an wie etwa die Leute vom Theater an der Winkelwiese, die bereits nicht mehr mit Produktionen heraus müssen, weil sie Zeit haben, d. h. sie können nur zwei Stücke pro Spielzeit herausbringen?

V: Das hängt zum Teil mit Auflagen von der Stadt her zusammen, die Sub-

Klaus Völker

existiert seit 1938. Studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Geschichte, vorerst in Frankfurt, bei Höllner und Adorno. Spielte und inszenierte Studententheater. Siedelte 1959 nach Berlin über. Literatur- und Theaterkritiken. 1969/70 Chef dramaturg am Schauspielhaus Zürich, mit Peter Stein als Regisseur und Peter Löffler als Direktor. Alle drei 1970 mit grossem Krach entlassen. 1971/72 Lektor im «Verlag der Autoren», Frankfurt. Seit 1973 Dramaturg im Theater am Neumarkt.

Völker hat verschiedene Dramatiker-Porträts auf dem Gewissen, so «Frank Wedekinds» (1965), «Yrats und Synges» sowie «Sean O'Caseys» (2 Bände irisches Theater, 1967 bzw. 1968). Bekannt ist vor allem seine «Brecht-Chronik» (1971).

kum nicht so ansprechbar und nicht leicht für das Theater zu gewinnen. Wenn das «Neumarkt» eine Chance hat, dann schon eher mit seinem Publikum – diesem «Bildungsbürgerturn» – Studenten, Akademiker, Leute mit Vorbildung –, an das man dann auch gewisse literarische Ansprüche stellen kann. Dass man von daher versucht, auf die Leute, die dem Umgang haben mit solchen, die nie ins Theater gehen, einzuwirken. Das wäre erst ein sekundärer Effekt, ein indirekter. Wir können nur die Aerzte, Pfarrer, Juristen usw. beeinflussen, die mit der Bevölkerung an der Basis dann viel mehr zu tun haben als Theaterleute. Wenn da ein Theater mal linke Programme vertritt, hat es das eine geringe Wirkung im Verhältnis zu den «Einspritzungen»

ventionen für das Theater bezahlt. Der Etat hat eine bestimmte Höhe, und soundso viel muss durch Einnahmen erbracht werden. Wir können nicht einfach sagen, wir spielen ein Stück zwei, drei Mal die Woche, so lange es eben geht, und machen dann ein anderes. Hier ist doch ein fest engagiertes Ensemble mit Verträgen für die ganze Spielzeit, das auch grösser ist als an der Winkelwiese; da muss man schon einen Modus finden, der eine regelmässige Arbeit gewährleistet.

Ein Repertoireplan wirkt sich auf die Zuschauerfrequenz günstiger aus. Wenn ein Stück fünf, sechs Tage hintereinander gespielt wird, dann nimmt die Zuschauerzahl auffällig ab. Das ist am Schauspielhaus noch viel ausgeprägter. Man hat sich daran ge-

KULTUR

und ideologischen Spritzen, welche jene Leute in die Bevölkerung hineinragen, die ständig mit ihr in Kontakt sind. Was ein Arzt z. B. den Leuten alles verzapfen kann, während er sie behandelt, das ist viel mehr.

Das Schlimme ist eben – gerade auch an der Uni, das werden Sie mir zugeben müssen –, dass an der Philosophischen Fakultät am ehesten linke Strömungen und Anschauungen vertreten werden, während an den «etablierten» Fakultäten, bei den Juristen, bei den Medizinern, viel mehr konservative Leute sitzen.

zs: Sicher.

V: Aber die wären viel wichtiger für Veränderungen.

zs: Gerade die Juristen...

V: Ich meine, dass wir versuchen, solche Leute zum Nachdenken zu bringen und bei denen etwas aufzubrechen, mit den Mitteln, die wir hier im Theater zur Verfügung haben. Das Neumarkt-Theater hat in den letzten zwei Jahren Versuche gemacht, an andere Publikumskreise heranzukommen, auch mit einer andern Art von Produktion – ich denke vor allem an das Theater für Fremdarbeiter – und da sind die Erfahrungen eigentlich ziemlich entmutigend.

zs: Wie sieht die Entscheidungsstruktur im Neumarkt-Theater aus? Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten haben die Ensemblemitglieder, die Schauspieler und Techniker?

V: Wir haben Dramaturgieleistungen, das sind für das ganze Ensemble offene Sitzungen, an denen über die grundsätzlichen Dinge und Methoden gesprochen wird und Erfahrungen der Auführungen bzw. zukünftige Projekte, die Spielplankonzeption usw. diskutiert werden. Welche Stücke gespielt werden, z. B., entscheiden alle bei den Dramaturgieleistungen anwesenden Ensemblemitglieder. Daneben gibt es auch jeweils zu einer Produktion gehörige Sitzungen, wo das Stück und die Rollen analysiert werden und wo Theorie dazu erarbeitet wird.

zs: Das Ensemble besitzt ja keine elementaren «Stars». Aber bestimmte Rollen, die ein gewisses handwerkliches Können erfordern, mit stets denselben Leuten besetzt werden. Wie geht man bei der Besetzung vor?

V: Die Besetzungen werden auch gemeinsam vorgenommen. Zunächst wird das Stück analysiert, da ist das gesamte Ensemble dabei. Man versucht, schon möglichst viel über das Stück

wünscht, dass ein Stück mehrere Monate zu sehen ist. Es ist nicht so, dass die Leute alle sofort gehen, sondern es braucht eine lange Zeit, bis sich etwas herumspricht.

zs: Ja, Zürich braucht erst eine Einlaufzeit.

V: Gerade jetzt haben wir grosse Schwierigkeiten. Wenn man z. B. mit dem Raum bestimmte Experimente anstellt, und ihn – wie bei «Stella» – für eine Produktion umbaut, was sehr viel Zeit kostet, dann ist man im Ansetzen der Stücke eingeschränkt. Wir machen



Klaus Völker vor dem Turandot-Plakat aus der Schauspielhaus-Zeit.

das jetzt wochenweise. Eine Woche «Stella», eine Woche Wedekind. Wollten wir das jeden Tag wechseln, dann müsste die Technik den ganzen Tag nur noch umbauen, könnte nichts in der Werkstatt arbeiten und man könnte nicht probieren.

zs: Die beiden ersten Stücke der laufenden Spielzeit sind von der Kritik zurückhaltend, zum Teil ablehnend aufgenommen worden. Wie erklären Sie sich das, und welche Absichten stehen hinter der Gestaltung dieses Spielplans?

V: Auf den ersten Blick sehen die Stücke, die im Theater am Neumarkt in dieser Spielzeit aufgeführt werden, vielleicht zu privat und abseitig aus. Sind es nur Kuriositäten, Raritäten,

Nebenwerke von Autoren, an die man sich mit Liebhaberblick und Ausgrabungstalent heranmacht?

Die Motive die uns zur Wahl von Goethes «Stella» und Wedekinds «Tod und Teufel» veranlasst haben, decken sich – nach den Reaktionen von Zuschauern und besonders auch von Kritikern – nicht mit den Erwartungen, die man mit einem Besuch im Theater am Neumarkt verbindet. Es kann nicht extravagante Spinnerie oder literarischer Liebhaberblick sein, der uns diese Stücke finden liess, für einen Spielplan, der bei aller Ausgefallenheit doch nicht so isoliert im Bereich des deutschsprachigen Theaters dasteht.

Mit Triumph wird zurzeit – ich denke hierbei besonders an die Aeusserung des Berliner Kritikers Fritz Luft – die «Ablösung des Oberlehrertheaters durch ein Theater der Magier» registriert. Max Reinhardt soll sich nun endlich gegen den «Doktrinär Brecht» doch noch durchgesetzt haben. Sogar

Strehler findet nun in dem Salzburger Altmeister den Kronzeugen für das eigentliche Theater, nachdem er offenbar so viel Enttäuschung mit seinen Brecht-Schülern und Mitbestimmungsversuchen erlebt hat.

Diesen Rückfall in die blendende Routine, in die aufwendige Gedankenlosigkeit gedenken wir nicht mitzumachen. Dennoch aber ist es richtig, dass in den letzten Jahren bei den Versuchen, zeitgenössisches Theater zu machen, zu trocken und phantasiehemmend verfahren worden ist. Besonders in der Spielweise wurde das Unerstament gepflegt. Wir kommen nun langsam wieder zu anderen Auffassungen. Wir interessieren uns für Gefühle, für die menschliche Innenwelt. Das ist keine Ablehnung gesellschaftlicher Fragen, sondern eine intensivere Beschäftigung mit ihnen. Was an menschlichen Freiheiten, Bedürfnissen und Gefühlen wird eingeschränkt? Welche Gefühle erlauben wir uns noch? Unsere Neurosen haben schliesslich Ursachen...

Filmveranstaltungen: Bolivien/Südafrika

Organisiert vom VSETH in Zusammenarbeit mit der Kommission für Entwicklungsfragen der ETH.

Montag, 26. November, 19.15 Uhr
El coraje del pueblo (Der Mut des Volkes), Bolivien 1971. Der Film ist spanisch gesprochen und wird mit deutschen Untertiteln gezeigt.

Mittwoch, 28. November, 19.15 Uhr
Yawar Mallku (Das Blut des Kondors), Bolivien 1969. Der Film ist in der Indiosprache Quetschua, spanisch und englisch gesprochen und wird mit französischen Untertiteln gezeigt.

Donnerstag, 29. November, 19.15 Uhr
El tiempo de los generales (Die Stunde

der Generale) Bolivien 1972. Der Film ist spanisch gesprochen. Der deutsche Text wird eingelesen.

Dienstag, 4. Dezember, 19.00 Uhr Uni 104
Katutura (Südafrika), anschliessend Diskussion mit dem Regisseur Ulrich Schweizer.

Dienstag, 11. Dezember, 19.00 Uhr, Uni 104
Im Sog des Goldes (Südafrika), anschliessend Diskussion mit dem Regisseur Ulrich Schweizer.

Voranzeige:
Montag, 8. Januar 1974
Banañera Libertad mit anschliessender

Diskussion mit dem Regisseur Peter von Gunten.

Die Filme werden an der ETH gezeigt, der genaue Ort wird noch in WOKA und WOBU bekanntgegeben. Der Eintritt ist frei!

★

«Wenn wir die Künstler, Studenten, Fachleute, Filmemacher, mit einem Wort jene, die gegessen haben, während andere verhungerten, die studiert haben, während andere für ihr blosses Überleben schufteten – wenn wir alle uns fragen: Was tun? Welche Rolle können wir in dieser Realität übernehmen? –, dann müssen wir uns daran erinnern, dass unsere Existenz nicht gratis ist, dass dafür andere gestorben, erniedrigt, ausgebeutet und vernichtet worden sind.»

Aus «Wir sind im Kampf gegen den Kapitalismus» von Jorge Sanjines

Krauthammer

Buchhandlung für Wirtschaft und Politik

Unser Programm:

Volkswirtschaft, Parteien, Massenmedien, Statistik, Militär, Inflation, Datenverarbeitung, Unternehmensführung, Marketing, Werbung, Banken, Innenpolitik, Friedensforschung, Umweltschutz, Mitbestimmung, Politikwissenschaft, Organisation, Sozialismus, Aktualität.

Jetzt eröffnet

Mühlegasse 13
8001 Zürich, Tel. (01) 34 08 84

Taschenbücher!!!

rororo. Fischer. Suhrkamp. dtv. Reclam. Göschen. Goldmann. Ullstein. Knauer. detebe. Hanser. Luchterhand. Geist und Psyche. Thieme. BI. HTB. Heidelberger.

Wir haben alle.

Uebrigens:

Wir machen immer noch Fotokopien. Für 20 Rappen.

Hier:

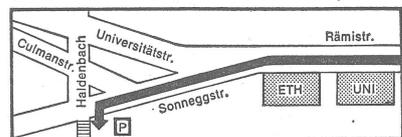


Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 9.00 bis 18.00 Uhr durchgehend

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



Studenten!

In der Stadt Zürich gibt es mehr als zwanzig Buchhandlungen, die spezielle Fachgebiete für das Hochschulstudium pflegen.

Lassen Sie sich in diesen Buchhandlungen fachmännisch bedienen. Profitieren Sie von der grossen Auswahl an Büchern aus Ihren Wissensgebieten und dem Studentenrabatt!

Zürcher Buchhändler-Verein

Farben

zum selber malen
und die gute
Beratung bei



Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

Manche mögen's heiss...

Tolle Herbst- und Wintermoden, Leder-, Sport- u. Badekleidung, Hemden, Pullis, Jeans und Hosen - heisse Höschen, Sexy-Wäsche, aufregende Neuheiten aus aller Welt, alles bei TOM, Zürich 1 (Neueste Prospekt Fr. 2.- in Briefmarken, Kennwort «zürcher student»)



TOMS Hosenschop, Preyergasse 6
TOM Schiffhände 26
TOMS Sexy-Shop, Spitalgasse 4



Temporär- u. Dauerstellen
Rämistr. 50, 8001 Zürich 01 47 60 88

Bäggli-Hotels AG

Marktgasse 17, Tel. 34 15 30
Hotel Rothus, 8001 Zürich

Restaurant Golden Bar, 1. Stock

Sehr preiswerte, gutbürgerliche Küche. Tellerservice ab Fr. 4.80 und à la carte.



FREIHOFFER
Buchhandlung für
Medizin

Rämistrasse 37
Zürich 1

Tel. 47 92 22

Ihr Brillenspezialist
für Augenoptik
+ Kontaktlinsen



Welcho-Optik

Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/464044

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen,
Feldstecher,
Höhenmesser, Lupen
und Kompass

Harte Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 395.- netto

Weiche Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 500.- netto

Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 38
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med. vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10 (auch 1. Stock)
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Für Ski zu Stadi!

Unsere Riesenauswahl wird Sie überraschen: Atomic, Attenhofer, Authier, Blizzard, Dynamic, Elan, Erbacher, Fischer, Fritzmeier, Hart, Head, K2, Kästle, Kneissl, Olin, Rebell, Rossignol, Schwendener, Streule, Völkl usw.

STADI-SPORT

8005 Zürich
Josefstrasse 59
Telefon 01 44 14 88
Donnerstag Abendverkauf
Durchgehend geöffnet
Parkplatz

Seminar über Entscheidungsfindung im Hochschulwesen

Einzelinteressen und kantonale Kompetenzen statt koordinierte Entscheidungsfindung

Das Wort «Bildungspolitik» ist in aller Aufgeschlossener Munde. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Lehranstalten des Unterrichtswesens nicht einach in der Art eines Gaswerkes funktionieren. Die Idee der Bildung ist zum materiell bedeutsamen Politikum geworden. Der Staat hat bei seinen Massnahmen verschiedene, teilweise divergierende Faktoren zu berücksichtigen. Die Wirtschaft und die Gesamtgesellschaft melden einen wachsenden Bedarf an bestimmten Akademikergruppen. Diese Entwicklung regte die individuellen Bedürfnisse an, und Ideen wie Chancengleichheit und allen zugängliche (Allgemein-)Bildung wurden aktiviert. Diesem Trend zurzeit ein eng begrenzter finanzieller Rahmen gegenüber.

Wie immer die gegebenen Mittel eingesetzt werden, zuerst sind die Fragen zu beantworten: erstens, wer wieviel von welcher Bildung zu welchem Zweck erhalten soll, und zweitens, wie jedem Menschen die freie Entscheidung effektiv ermöglicht werden kann. Beide Ansatzpunkte sind nicht völlig voneinander zu trennen, da das Angebot der Bildungsinstitutionen die Bildungswünsche mitbeeinflusst.

Sicher wäre die Frage einer ernsthafteren Untersuchung wert, ob der Run auf die Bildung, d.h. auf die universitäre Bildung, nicht durch falsche Erwartungen und hohle Prestigekategorien bestimmt wird. Dem wäre allenfalls mit einer rationaleren Auswahlpraxis bei der Stellenbesetzung in Verwaltung und Wirtschaft entgegenzusteuern. Doch auch der Abbau ständischer Elemente kann weder den gesellschaftlichen noch den finanziellen Wert der Bildung zum Verschwinden bringen. Werden nun die hochschulpolitischen Entscheidungsstrukturen diesen Anforderungen gerecht?

«Entscheidungsfindung im Bereich des Hochschulwesens» war das Thema eines Seminars, das im September das «Stapferhaus» – eine halböffentliche Stiftung – auf der Lenzburg durchführte. Geht man der grundsätzlichen Frage nach, so kann man an einige aktuelle zürcherische Entscheidungen anknüpfen. Sie stehen vor dem Hintergrund finanzieller Restriktionen, die eine neue Phase einleiten dürften, nachdem die Zürcher Regierung bis vor kurzem die meisten Anträge aus der Uni-

versität auf Stellen, Institute und Neubauten bewilligte, und zwar – wie die Strickhofabstimmung gezeigt hat – durchaus mit dem «Willen des Volkes!»

– Die Fakultät mit den kleinsten (und abnehmenden) Studentenzahlen, die Theologie, hat kürzlich eines der grössten Gebäude bezogen.

– Für das nächste Semester wird eine Begrenzung der Lehraufträge wirksam werden. Die rein quantitative Ausgangslage ist mit einem Vergleich darstellbar zwischen den über 25 Stunden für die recht wenig Ethnologen und den knapp 80 Stunden Lehrauftrag für die 1000 Psychologen.

– Auch nach der Aufhebung des Berufsstopps wurde der Ausbau der Psychologie eine Zeitlang blockiert, bis ein neues Studienkonzept vorlag. Dem Sparwillen fielen gerade die kleinen Posten zum Opfer, so die Tutorante, die kostenmässig pro Stunde etwa einem Zwanzigstel eines Ordinariats entsprechen.

– Ein Numerus clausus kann nur noch knapp vermieden werden. Während Zürich auf dem Strickhof eine Milliarde Franken aufwendet (inklusive 40% Subventionen), um 600 statt wie bisher 300 bis 400 Vorklinker aufzunehmen, pikieren sich einige ehemalige Nichthochschulkantone die Rosinen aus dem Kuchen, obwohl gerade Fragen wie Umweltschutz oder Bildung besser unter Benützung einer ganzen Universität angegangen würden.

Zu diesen Fakten ist folgendes zu fragen:

- Wer entscheidet innerhalb der Universität über Prioritäten bei der Verteilung von räumlichen und personellen Mitteln?
- Nach welchen Gesichtspunkten und auf wessen Drängen entscheiden die Oberbehörden?
- Können die Entscheidungsmechanismen den Anforderungen der Sache und denjenigen der Demokratie genügen?
- Wie steht es mit der eidgenössischen Zusammenarbeit?

Die Antworten sehen ungefähr so aus:

– Innerhalb der Universität, die immer noch weitgehend von den Ideen und Interessen der Dozenten geprägt ist, fehlt ein Mechanismus, der die Wünsche der einzelnen Fachrichtungen gegeneinander abwägt. Ob formale Mittel wie die entstehende Planungsorganisation und eine gesamtuniversitäre Budgetierung im neuen UG liegen, ist nicht sicher, weil solche «Dienstwege» an anderen Universitäten mit Erfolg umgangen werden; partielläre Vorstösse werden bei den entscheidenden Instanzen nämlich nicht immer abgewiesen!

– Während die Mediziner mit ihren Ausbauwünschen seltener auf Hindernisse stossen – sie drohen mit dem Ärztemangel –, besteht gegenüber der Psychologie (nicht nur in Zürich) eine auffallende Antipathie. So populär solche Kriterien sein mögen, so offensichtlich ist ihr Ungenügen, vor allem im weiten Bereich zwischen den genannten Extremfällen.

– Ungenügend sind sicher auch Gremien wie die Hochschulkommission und der Erziehungsrat, deren Mitglieder – meist nebenamtlich tätig und auf sich selber angewiesen – nicht um ihre Aufgabe zu beneiden sind. So hängt es vielfach von der individuellen Initiative ab, ob Probleme überhaupt erkannt und bearbeitet werden. Neue Entscheidungsmechanismen sind am ehesten auf Bundesebene zu erwarten, wo die hochschulpolitische Tradition noch kein sehr grosses Trägheitsmoment aufweist.

– Die Institutionalisierung auf eidgenössischer Ebene ist durch die Unsicherheit in bezug auf die Verfassungsgrundlagen und durch das zusätzliche Konfliktmoment Bund/Kantone schwer belastet. Die Revision des Hochschulförderungsgesetzes ist vorläufig unter anderem daran gescheitert, dass die Kantone den Wissenschaftsrat als stark eidgenössisch geprägtes Organ, die Universitäten – insbesondere die Studenten – den Nationalen Hochschulrat als für politisches Organ kritisieren. Während bei der aktuellen Bewältigung von Pro-



blemen wie dem Numerus clausus die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen allgemein eingesehen wird (und wahrscheinlich bald zu Absprachen zwischen den Hochschulkantonen führen wird), fehlen Richtlinien für die längerfristigen Aspekte. Die Regelung, wonach mit den eidgenössischen Subventionsleistungen keine Koordinationskompetenzen einhergehen, gefällt den Kantonen und Universitätsspitzen und wird wegen deren Widerstand in nächster Zeit kaum geändert werden.

Da eine grössere Revision des Hochschulförderungsgesetzes – des eidgenössischen Subventionsgesetzes von 1968 – im Moment nicht zustande gekommen ist (die Vernehmlassungen weichen zu sehr voneinander ab), besteht die Chance, dass man über die Neuordnung der Hochschulpolitik im Zusammenhang mit einer Revision der Bildungsartikel nachdenkt, ohne damit für andere Bereiche wie die Mittelschule Präjudizien zu schaffen.

Christoph Wehrli

Die Meinung des KStR

Ende einer Affäre – die Lehren sind zu ziehen

An der ersten Sitzung des Studentenparlaments in diesem Semester hat eine Affäre ihren – hoffentlich definitiven – Abschluss gefunden, die vor etwa einem Jahr viel Staub aufgewirbelt hat. Der Grosse Studentenrat (GStR) verzichtete in einem Beschluss vom 7. November 1973 darauf, die Mitglieder des KStR des Wintersemesters 1971/72 wegen einzelner zweifelhafter Ausgaben zivilrechtlich zu verfolgen.

Um die Konsequenzen für die Zukunft abzuschätzen zu können, ist ein kurzer Rückblick nötig. Die Rechnung des Kleinen Studententrats – Semestererinnahmen und -ausgaben von etwa 120 000 Franken – muss jeweils von einer Treuhändergesellschaft revidiert und vom GStR genehmigt werden. Bei der Rechnung des Wintersemesters 1971/72 war formal alles in Ordnung, inhaltlich fielen zwei Dinge auf: die Abschreibung eines ziemlich hohen Debitorenbestands (unbezahlte Rechnungen für Vervielfältigungen) und ein Spesenposten für ein Abschiedessen in der Höhe von über 600 Franken. Zur Überprüfung dieser und einiger anderer Punkte setzte der GStR eine Kommission ein, die in der Folge eine unabhärbare Aktivität entfaltete. Der Bericht, den sie auf Anfang des Wintersemesters 1972/73 ausarbeitete, enthielt zahlreiche Vorwürfe an den betreffenden KStR, wobei Lappalien neben Wichtigem, Tatsachen neben Verdächtigungen figurierten.

Mit der Abklärung der Rechtmässigkeit der umstrittenen Ausgaben betraute der GStR in einem knapp angenommenen Beschluss einen Juristen. Aufgrund seines Berichts machte der KStR im Februar 1973 bei drei Punkten Ansprüche geltend: dem erwähnten Abschiedessen, der Kreditpolitik (Debitorenabschreibung) und der Unterstützung einer Angela-Davis-Aktion.

Unterdessen hatte die Bezirksanwaltschaft eine Strafuntersuchung eingeleitet; wären dabei Straftatbestände aufgetaucht, so hätten die zivilrechtlichen Forderungen der Studentenschaft im gleichen Verfahren durchgesetzt werden können. Aus Mangel an eindeutigen Straftatbeständen wurde die Untersuchung jedoch im August dieses Jahres eingestellt. Damit waren die Chancen des zivilrechtlichen Vorgehens wesentlich gesunken. Der Verzicht auf weitere juristische Schritte war in dieser Situation der einzig richtige Entscheid: die umstrittenen Beträge waren im Verhältnis zu allfälligen Prozesskosten gering.

★ Eine Bilanz dieser verwickelten Geschichte darf sich nicht auf die rechnerische Seite beschränken. Die Streitsumme, die sich im Lauf der verschiedenen Abklärungen auf rund 1000 Franken reduzierte, hätte den Aufwand allein nicht gerechtfertigt. Wenn man andererseits darauf verweist, die damalige GStR-Mehrheit

sei aus politischen Gründen gegen einen andersgesinnten ehemaligen KStR vorgegangen, wird man dem Problem nicht gerecht, ob und wie der GStR die Ausgabenpolitik des KStR kontrollieren kann. Es geht also um die Teufellichkeit der studentischen Selbstverwaltung im Finanziellen, die bekanntlich von manchen gerne widerlegt werden wäre. Ruft man sich die Lage in Bern in Erinnerung, wo seit diesem Frühling eine Kommission des Regierungsrats das Budget der Studentenschaft Punkt für Punkt rückmüstem und nach schwer durchschaubaren Kriterien stützt, oder weiss man, wie interessiert die Aufsichtsbehörden (Hochschulkommission, Erziehungsdirektion) die Untersuchungen verfolgten, so kann man nicht aus Toleranz gegenüber dem Kommilitonen Ausgaben am Rande des Zulässigen akzeptieren. Die Studentenschaft ist gegenüber ihren Mitgliedern – alle immatrikulierten Studenten – letztlich verantwortlich. Eine öffentlich-rechtliche Zwangskörperschaft hat auch deshalb pedantisch auf ihre Reglemente und auf finanzielle Formalitäten zu achten, weil sie sonst denjenigen Vorwände liefert, welchen die Unabhängigkeit oder gar die Existenz dieser Organisation ein Dorn im Auge ist. Das heisst allerdings nicht, dass zur Erreichung einer korrekten Finanzpolitik jedes Mittel geeignet sei. Die Publizität, die sich, ausgehend von einer von privater Seite herausgegebenen Hochschulzeitung, um den KStR 71/72 entwickelte, war zwar nicht unvermeidlich, aber auch nicht völlig auszuschliessen. Dies hätte auf jeden Fall zu Beginn der Untersuchungen nicht ignoriert werden dürfen. Denjenigen, die die Sache unnötig breitschlugen, war offenbar weniger

darin gelegen, sie zu bereinigen, als sie politisch auszunutzen – ohne Rücksicht darauf, dass in solchen Fällen immer die Studenten und ihre Organisation insgesamt diskreditiert werden.

Das im Auftrag des GStR vorbereitete gerichtliche Verfahren hat sich aber noch mehr aus einem anderen Grund als Sackgasse erwiesen. Die kritischen Fragen hätten nämlich nur aufgrund klarer studentenschaftsinterner Reglemente entschieden werden können. Anders gesagt hätte eine klarere, juristisch verbindliche Umschreibung des Spielraums von KStR, GStR und Kommissionen den Vorteil, dass Fehler nicht nur leichter verfolgt, sondern auch vermieden werden könnten.

Auf drei Ebenen ist hier einiges zu ändern: Im neuen Uni-Gesetz soll der Zweck der Studentenschaft verankert werden, so dass – nach dem Vorschlag der Studentenschaft bzw. eines von ihr veranlassenen Gutachtens (also etwa auch im Fall Angela Davis) nur unter Betonung eines spezifischen studentischen Interesses (z.B. Lehr- und Lernfreiheit) zulässig sind. Zweitens hat der GStR den KStR mit der Ausarbeitung eines neuen Finanzreglements beauftragt, damit um die Beanspruchung von Spesenposten keine Emotionen mehr aufkommen können. Und schliesslich sollen – ebenfalls im Auftrag des GStR – Wege gesucht werden, die eine inhaltliche, aber dennoch unabhängige Prüfung der Rechnung des KStR ermöglichen.

Werden diese Konsequenzen gezogen, so hat die Studentenschaft aus einer an Irr- und Umwegen reichen Geschichte das Beste gemacht.

KStR

Regierungsrat Gilgen einmal grosszügig

Lehrstuhl und Verwaltungsrat

Erziehungsdirektor Gilgen, der sonst eher dafür bekannt ist, mit Stipendien zu knausern, politisierenden Studenten mit harter Faust Steine in den Weg zu legen oder Staatsmajestät in Frage stellen, kurzfristig zu entlassen – die «Zürcher AZ» stellte jüngst einen spaltenlangen Katalog über seine «überdurchschnittlichen Leistungen» (Zitat Landesring) auf – eben dieser Herr Gilgen ist neuerdings äusserst grosszügig und tolerant geworden. Wir haben ihn also bisher völlig verkannt und ihm schwer Unrecht getan.

Der Erziehungsdirektor hat nämlich vor kurzem festgestellt und verkündet, dass es einem Universitätsprofessor durchaus erlaubt sei, ein Verwaltungsratsmandat zu übernehmen. Im konkreten Fall heisst der Professor Edwin Rühl, ist Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre und Direktor des Uni-Instituts für betriebswirtschaftliche Forschung, und der Verwaltungsrat gehört zu einer sogenannten «Oerlikon-Bühler Holding AG».

Aha, denkt man, da haben sie wieder einen gedreht. Dass Hochschulinstitutione mehr für die Privatwirtschaft zu arbeiten pflegen, als diese dafür bezahlt, erschüttert ja fast niemanden mehr. Aber gleich den Leiter einer staatlichen betriebswirtschaftlichen Forschungsstelle in Personalunion zu setzen mit einer hohen Verwaltungsposition eines Grosskonzerns, das lässt schon aufhorchen. Verwaltungsräte werden schliesslich nicht umsonst gewählt. Sie werden von ihrer Gesellschaft bezahlt und sind ihr gegenüber verpflichtet, mehr als ein Professor seiner Lehranstalt gegenüber, die in ja kaum kontrolliert – es sei denn, er betätige sich linkspolitisch.

Also könnte es sein, dass Herr Rühl zufälligerweise gerade die Forschung betreiben lässt, an welcher der Herr Bühler interessiert ist. Anders ausgedrückt hiesse das: Ein privates Unternehmen lässt sich seine Forschung vom Staat bezahlen.

Auf ähnliche Gedanken kam sozialdemokratische Kantonsrat Ernst Rosenbusch, der in einer Kleinen Anfrage an den Regierungsrat feststellte,

als Inhaber eines Lehrstuhls und Direktor eines Forschungsinstituts sei Professor Rühl der Lehre in Unabhängigkeit und Objektivität verpflichtet. «Die Verbindung dieser dem Kanton und seiner Hochschule gegenüber bestehenden Interessen und des sogenannten öffentlichen Interesses eines Grosskonzerns im allgemeinen und des genannten Konzerns in besonderem Masse als sachlich unvereinbar, in hohem Masse anstössig und dem Ruf unserer Schule abträglich.»

Bemerkenswert formuliert – doch weit gefehlt! In seiner Antwort führt nämlich der Regierungsrat wörtlich aus: «Der Regierungsrat teilt die Auffassung der Erziehungsdirektion, dass die Gefahr von Interessenkollisionen im vorliegenden Fall nicht besteht. Dafür ist schon die Persönlichkeit von Professor Rühl, der als ausgezeichnete und einsetzfreudiger Dozent anerkannt ist, alle Gewähr. Es kann nur von Vorteil sein (für wen? Red.), wenn er die von ihm vertretenen modernen Führungsauffassungen in einem grossen Industrieunternehmen wirksam werden lassen kann. Vor allem ist jedoch zu begrüssen, wenn ein Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre mit der Privatwirtschaft in Kontakt steht, zumal dann, wenn er seine Kenntnisse auch der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stellt. (...) Es ist davon eine Bereicherung von Lehre und Forschung zu erwarten. (...) Dem Regierungsrat liegt es deshalb fern, Professor Rühl einen Verzicht auf das betreffende Verwaltungsratsmandat nahelegen oder gar den Verlust eines als Lehrer und Wissenschaftler so vorzüglich ausgewiesenen Dozenten in Kauf zu nehmen.»

Uns liegt etwas anderes fern. Aber der Regierungsrat muss es ja wissen. Oder: Ach, wie gut, dass niemand weiss, dass ich R... heiss!

Beat Schweingruber

P.S.: Vor nicht allzu langer Zeit hat man es als angemessen empfunden, dem Waffenschieber Bühler den Verzicht auf seine Funktion im Armee-Generalsstab nahelegen...

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
das Sortiment mit der klaren Konzeption und dem grossen Laden

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Zum guten Essen

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk -75, Kaffee -75).

aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek), 100 Schritte vom Limmatquai («Wellenberg» am Abend mit Pianist).

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei)



APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH

Dr. Peter Eichenberger-Häfliger
Universitätsstrasse 9 Tel. (01) 47 32 30

PHARMA

TIP:

Pharma-Tip: Grippe-Prophylaxe jetzt beginnen: Bei geschwächter Resistenz ist Erkrankung wahrscheinlich, daher vermeiden: Erkältung, Erschöpfung durch übermässiges Arbeiten oder Festen, Mangelernährung. Medikamentöse Möglichkeiten: Schluckimpfung gegen Erkältungen, Polyvitaminpräparate. Grippeimpfung nur bei besonderer Gefährdung.

Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Wir empfehlen: Hirschkäse mit Spätzli Fr. 7.90
Poulet «Catalan» Fr. 7.90

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen

P. und M. Tibau-Betschart

freihofer ag
Buchhandlung für Wissenschaft und Technik

Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07
Wir bedienen Sie jetzt auf zwei Etagen.

Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Unsere Spezialgebiete:

Mathematik
Physik
Chemie
Geologie
Mineralogie
Geographie
Astronomie
Zoologie
Botanik
Biologie
Landwirtschaft
Elektrotechnik
Datenverarbeitung
Maschinenbau
Bautechnik
Wirtschaft

Freihofer AG

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich
Universitätstrasse 11
Tel. 47 08 33 / 32 24 07

Schauspielhaus Zürich

Spielplan 1973/74

DER ALPENKÖNIG UND DER MENSCHENFEIND

Original-Zauberspiel von Ferdinand Raimund mit der Musik von Wenzel Müller

DIE MANNSCHAFT

Schauspiel von Jason Miller
Deutschsprachige Erstaufführung

DER ERFINDER ODER SCHPÄCK OND BOHNE

Schauspiel von Hansjörg Schneider
Uraufführung

BAAL

Stück von Bertolt Brecht
Schweizerische Erstaufführung

DER TAG, AN DEM DER PAPST GEKIDNAPPT WURDE

Komödie von Joao Bethencourt
Deutschsprachige Erstaufführung

DIE DREI SCHWESTERN

Drama von Anton Tschechow

KISS ME, KATE!

Musical von Samuel und Bella Spewack nach Shakespeare
Musik von Cole Porter

DIE ERSCHAFFUNG DER WELT UND ANDERE GESCHÄFTE

Schauspiel von Arthur Miller
Deutschsprachige Erstaufführung

DAS FINANZGENIE

Komödie von Honoré de Balzac

HAMLET

Tragödie von William Shakespeare

AKROBATEN

Schauspiel von Tom Stoppard
Schweizerische Erstaufführung

WORTE GOTTES

Tragikomödie von Ramon del Valle-Inclan
Schweizerische Erstaufführung

Produktionen im Zweiten Programm
Gastspiele der Basler Theater

Karten zu Fr. 8.-, 6.-, 5.-, 4.-, 3.- und 2.- erhalten Studenten, Tagesschüler und Mitglieder der Jugend-Theatergemeinde (I. T. G.) mit Legitimationskarten an der Abendkasse. Für reguläre Vorstellungen am Sonntagnachmittag, Sonntagabend, Montag, Dienstag und Mittwoch kann ab Samstag der vorangehenden Woche der Vorverkauf zu den gleichen Bedingungen wahrgenommen werden.

Auskünfte über Stücke und Aufführungen erteilt jederzeit gerne die Dramaturgie: Tel. 47 96 10, intern 49

jedermann kann
blind
maschinenschreiben
lernen

...in nur 14 Stunden!

Täglich 1 Stunde, während 14 Arbeitstagen

Wählen Sie die Kurszeit zwischen 08.00 und 19.15 h.
Keine eigene Maschine erforderlich. Kein Üben zu Hause.
Keine Bücher und Lehrmittel. Täglich beginnen Anfängerkurse.
Täglich beginnen 10 Schnellschreibkurse. Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten und AHV-Bezüger.

Gratis-Demonstration

jeden Montag und Donnerstag 18.00 und 19.15 h
jeden Mittwoch 16.00 h

SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG

Löwenstrasse 23, 8001 Zürich, Tel. 051-2715 00



BÜCHER

für Ihr Studium
aus allen
Wissensgebieten



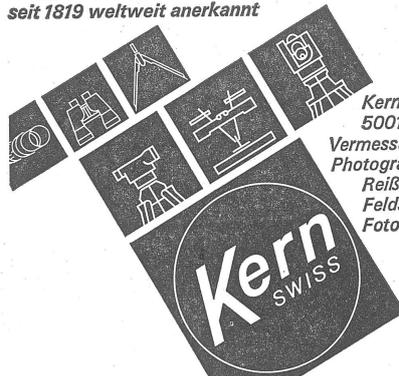
**VANDENHOECK + RUPRECHT
GÖTTINGEN + ZÜRICH**

Zweigniederlassung: Badenerstrasse 69, Postfach, 8026 Zürich

Theologie
Philosophie
Psychologie
Rechtswissenschaft
Sozialwissenschaft
Sprachwissenschaft
Geschichte und Politik
Medizin
Mathematik
Technik

Verlangen Sie bei Ihrem Buchhändler
die ausführlichen Verzeichnisse

Kern-Instrumente
seit 1819 weltweit anerkannt



Kern & Co. AG
5001 Aarau
Vermessungsinstrumente
Photogrammetrische Instrumente
Reißzeuge
Feldstecher,
Foto- und Kinoobjektive